

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1912**

240 (14.10.1912)



# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

**Ausgabe** täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.  
**Abonnementpreis:** Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich

**Redaktion:** Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481  
 Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.  
**Expedition:** Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128  
 Postfach-Conto Nr. 2650

**Inserate:** die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein.  
 Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

**Druck und Verlag:** Verantw. für den Inhalt: Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Feuilleton, Aus der Stadt und Leber Nachrichten: W. Kolb; für den übrigen Inhalt: Germ. Adel; beide in Karlsruhe.  
**Verlag:** W. Kolb & Co., Karlsruhe. Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Realer in Karlsruhe.

### Der preussische Landtag und die Einberufung des Reichstags.

Am 22. Oktober tritt der preussische Landtag wieder zusammen. Er beginnt damit das fünfte und letzte Jahr jener Gesetzgebungsperiode, die mit der Wahlrechtsreform vom 20. Oktober 1908 eingeleitet worden ist. Das preussische Volk wird den Gedanktag eines unerfüllten königlichen Versprechens feiern und damit seiner unwürdigen „Vertretung“ den Empfang bereiten, der ihr gebührt. Soll der deutsche Reichstag nun wirklich erst am 26. November, oder, wie es sogar heißt, erst am 3. Dezember, einberufen werden, und soll auf diese Weise das parlamentarische Feld in politisch bedeutungsvoller Zeit mehr als einen Monat lang dem preussischen Dreiklassenhaus allein überlassen bleiben? Seit vielen Wochen ruft das Volk nach seiner Vertretung, von der es wirksame Maßnahmen gegen einen unerträglichen Zustand der Lebensmittelpreise erhofft. Es muß wie wilder Hohn erscheinen, daß nun an Stelle des angerufenen Reichstags jene Körperschaft auf den Plan tritt, der nicht nur das preussische, sondern das ganze deutsche Volk den Zustand von heute in erster Reihe zu danken hat. Ohne die starke Machtposition, die die Nichtständigkeit des preussischen Wahlrechts dem Junkertum gewährt, wäre es diesem niemals gelungen, dem deutschen Volk die Schlinge des Hungertarifs von 1902 über den Kopf zu werfen. Der preussische Dreiklassenlandtag und das ihm angepaßte preussische Ministerium sind auch heute das stärkste Hindernis für die Durchführung einer wirksamen Notstandsaktion.

Der Reichstag hat die Aufhebung des § 12 des Fleisch-Einfuhrgesetzes gefordert, die Städte forderten sie, eine Reihe bundesstaatlicher Regierungen traten für sie ein. Da kam die preussische Junkerregierung mit ihrer falschen Notstandsaktion dazwischen, legte den übrigen Bundesregierungen den Maulkorb an und schlug die Forderungen des Reichstags wie sämtlicher deutscher Stadtvertretungen in den Wind. Aber wenn sie geglaubt hätte, daß diesen opportunistischen Schwächlingen die radikalen Uebergriffe und Hochverratshandlungen für sich gewinnen zu können, hat sie geirrt. Statt der Kränze, die sie sich erhofften, warten ihrer im preussischen Dreiklassenhaufe faule Wespel; ein Zurückweichen vor der Demokratie, ein Serabgleiten in die Vera Capri wird ihr zur Last gelegt, die schlimmsten Vorwürfe, die sich ein feudales Junkerhirn ausdenken kann, werden gegen sie erhoben. Es ist begreiflich, daß die Regierung Bethmann Hollweg der Wiedereröffnung des Landtags mit recht gemischten Gefühlen entgegensteht.

Aus solchen Stimmungen erklärt sich auch wohl die überraschende Nachricht, die die „Braunschweigische Landeszeitung“ ausschlattert läßt, daß die vorzeitige Einberufung des Reichstags unmittelbar bevorstehe. Die Nachricht mag richtig sein oder nicht — im Reichstagspräsidium weiß man noch nichts darüber — jedenfalls müßte es mit seltsamen Dingen zugehen, wenn angesichts der neuesten Entwicklung der Dinge die Idee einer vorzeitigen Einberufung des Reichstags in Regierungsreisen nicht aufgetaucht wäre. Zwar hat Herr von Bethmann Hollweg für seine Teuerungssaktion auch im Reichstag keine Lebenswürdigkeiten zu erwarten, aber gegen den Vorwurf der Dreiklassenherren, die „bewährte Wirtschaftspolitik“ preisgegeben zu haben, würde ihn doch bis zu einem gewissen Grade die Tatsache schützen, daß der Reichstag viel weitergehende Maßnahmen verlangt als die von ihm vorgeschlagenen. Dazu kommt, daß die Entwicklung der auswärtigen Lage einen erwünschten Vorwand ergäbe, die Einberufung vorzunehmen, die man aus andern Gründen für zweckdienlich halten mag. In diesem Sinne ist es ja auch in der „Braunschweigischen Landeszeitung“ gemeldet worden, daß der vorzeitig einberufene Reichstag mit einem Expose des Reichskanzlers über die auswärtige Politik eingeleitet werden soll.

Es kam keinem Zweifel unterliegen, daß die Nachricht der „Braunschweigischen Landeszeitung“, Stimmungen und Absichten widerlegte, die in Regierungskreisen tatsächlich gehegt werden. Ob diese Absichten aber auch zur Ausführung kommen, ist eine andere Frage. Gerade weil die Einberufung des Reichstags ein Akt politischer Klugheit wäre, darf man nicht erwarten, daß sie wirklich erfolgen wird. Denn wenn man im heutigen Deutschland wissen will, was die Regierung tun wird, braucht man nur festzustellen, was sie gescheiter Weise tun müßte. Man kann dann ziemlich sicher sein, daß das Gegenteil davon geschehen wird.

Das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“, steht inzwischen den Forderungen gegen die Regierung fort. Es kommt aber dabei zu dem Ergebnis, daß von seinem Standpunkt aus der vorzeitige Einberufung des Reichstags nicht entgegenstehe, sondern meint: Wir von unserem Standpunkt sehen den früheren Zu-

sammentritt des Reichstags nicht herbei; wir haben aber durchaus keinen Grund, irgendwie dagegen zu sein. Also, während die äußerste Linke die Einberufung dringend fordert, erklärt die äußerste Rechte, daß sie nichts dagegen hat — und trotzdem sollte der Reichstag nicht früher einberufen werden? Auf der Fleischteuerungskonferenz hat der Berliner Oberbürgermeister Wermuth zu Protokoll erklärt, daß die Städte von der Wirkungslosigkeit der governementalen Teuerungssaktion überzeugt seien, und fast in gleichem Wortlaut erklärt der Vorstand des Bundes der Landwirte, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Maßregeln nichts nützen würden! Eine ähnliche allgemeine Uebereinstimmung in der Beurteilung eines Regierungsvorschlags war noch nicht da — und trotzdem soll dem Reichstag die Gelegenheit zu frühzeitiger Beratung dieses Vorschlags verweigert werden, er solle ihm in letzter Stunde durch einen Handreich der Bureauftritte aufkotriert werden? Eine solche Verbohrtheit war wirklich noch nicht da!

Einstweilen muß sich das Volk an die gegebenen Tatsachen halten. Ob der Reichstag früher einberufen wird, ist eine offene Frage. Daß der preussische Dreiklassenlandtag am 22. Oktober zusammentritt, ist sicherste Gewißheit. Dieser Landtag, der die sicherste Stütze des herrschenden Hungerregiments ist und der entgegen dem Versprechen vom 20. Oktober 1908 jede Reform seiner verfaulten Grundlage mit Tücke und Hinterlist bereitet, wird durch sein Erscheinen alle politischen Leidenschaften aufpeitschen, die in einem schamlos ausgebeuteten, schmackvoll unterdrückten Volksleben. Mag ihn das Volk am 20. Oktober empfangen, wie noch nie ein Parlament empfangen worden ist!

### Champagnersteuer und Streichholzsteuer.

h. Kennt ihr das Märchen? Die reichen Leute wollten auch einmal indirekte Steuern zahlen, sie ließen sich deswegen den Champagner versteuern. Welche Opferfreudigkeit! Was für patriotischer Sinn! Und nun das Andere, eine bittere Wahrheit. Das deutsche Reich brauchte wieder einmal viel Geld, es wurden die Streichhölzchen versteuert. Jedermann, auch der Allerärmste soll so mit zum Wohle des Vaterlandes beitragen, wenn er sich seine Zigarre andrennt, oder das kümmerliche Mittagessen zu kochen ist.

Und der Erfolg? Hier ist er, klar und deutlich, in der Charakterisierung der deutschen Regierungsmethode nicht zu übersehen.

Ertrag der	1911	1910
Champagnersteuer	11 648 833 M.	10 754 267 M.
Streichholz- u. Leuchtmittelsteuer	36 815 839 M.	30 657 404 M.

Das ist das klarste Bild der Bethmann Hollwegischen Steuerpolitik. Die reaktionären Blätter werden die Wichtigkeit unserer Zusammenstellung angreifen und erklären, die Reichen brauchen doch auch Streichhölzchen und zahlen somit doch ebenfalls Streichholz- und Leuchtmittelsteuer. Selbstverständlich. Es ist nur ein Unterschied, ob die Streichholzsteuer von dem genommen wird, der auch Champagner trinken kann oder von dem, der sich eben nur Streichhölzchen leisten kann!

Ueberdies genährt die Besteuerung des Champagners und der Streichhölzer und Leuchtmittel auch einen Einblick in den Produktionsumfang dieser Waren. Auch wieder ein Charakteristikum der deutschen Regierungspolitik! Bei uns wird immer erst dann eine Produktionsstatistik geführt, wenn die in Frage kommenden Waren — versteuert werden sollen! Champagner wurde 1911 in 134 Schaumweinfabriken in 1 293 532 ganzen Flaschen Schaumwein aus Fruchtwein hergestellt, in 178 Schaumweinfabriken wurden 13 943 032 ganze Flaschen Schaumwein aus Trauben hergestellt. Die erstgenannten Schaumweinfabriken sind 1911 um 15 gewachsen, die letztgenannten um 21 gesunken. Die Produktion ist bei beiden Arten von Fabriken gestiegen. Vom Auslande wurden 1911 und 1910 1 044 925 und 1 709 617 ganze Flaschen Schaumwein eingeführt, der Zollertrag dafür betrug 1911 3,3 Millionen Mark, 1910 noch 4,4 Millionen. Die Einfuhr ist also durch die verschärfte Besteuerung wieder mehr unterbunden. Kein Wunder, wenn Frankreich die deutsche Ausfuhrware ebenfalls mit hohen Zöllen schifaniert.

Streichhölzer wurden 1911 in 76 Fabriken hergestellt, das sind 2 mehr als 1910. Beschäftigt wurden durchschnittlich 1 764 männliche und 2 171 weibliche Arbeitskräfte. Diese Zahl ist fast ganz konstant geblieben.

Die Zündholzproduktion betrug

	1911	1910
Zündhölzer	81 190 Millionen Stück	76 757 Millionen Stück
Zündpänschen	438	908
eingeführt wurden		
Zündhölzer	236	415
Zündkerzen	6	4

Die Produktion ist demnach etwas gestiegen, die Einfuhr hat sich stark verringert. Folge: Zollschiffanen gegenüber deutschen Waren bei der Einfuhr nach Schweden. Leuchtmittel wurden in 166 gegen 169 (1910) hergestellt. Und zwar 25 Millionen Stück Kohlenfaden- und Glühlampen (gegen 26 Millionen), 47 Millionen Stück Metallfadenlampen (gegen 42 Millionen), 126 Millionen Stück Glühlämpchen (gegen 115 Millionen) und 11 Millionen Stück Kohlenstifte (gegen 10 Millionen). Hier ist der erfolgreiche Kampf der Metallfadenlampe gegen die alte Kohlenfadenlampe, die sich in den Produktionsziffern stark bemerkbar macht.

### Deutsche Politik.

23 946 220 Mark in einem Jahre für Spitzeldienste in Europa. Ein vom auswärtigen Amt in London im Juni 1912 veröffentlichtes „Weißbuch“ gibt einige interessante Angaben über die jährlichen Ausgaben, die die Großstaaten von Europa für geheime Dienste und Detektivarbeiten in einem einzigen Jahre verausgabten und wollen wir nicht veräumen, diese Zahlen auch unseren Lesern zum Nachdenken zu unterbreiten. So wurde verausgabt zu diesem Zweck jährlich: In Oesterreich-Ungarn 1 250 000 Mk., Frankreich 800 000 Mk., England 1 Million Mark, Deutschland 1 164 500 Mk., außerdem in Preußen, Sachsen und Württemberg je 443 240 Mk., in Italien 3 336 000 Mk. Außerdem noch für Polizeibelohnungen 696 000 Mk., also in Italien zusammen 4 032 000 Mk. Rußland zahlte allein im Jahre 1900 die Summe von 7 600 000 Mk., außerdem auf direkten Wunsch des Zaren noch die Kleinigkeit von 6 700 000 Mk. für Zwecke, die nicht näher angegeben wurden.

Wenn man bedenkt, daß diese gewaltigen Summen in der Hauptsache für politische Spitzeldienste ausgegeben werden, dann muß jeder sich klar darüber sein, daß „alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind“... Wieviel Kulturarbeit könnte mit dieser riesigen Summe geleistet werden, wenn die Angst vor dem Verlust der Krone keine solche ungeheure Wäre und wenn die Regierung im allgemeinen dem ganzen Volke gegenüber unparteiisch handeln würden. Das sind die Folgen davon, wenn man insbesondere die arbeitende Bevölkerung als Staatsbürger dritter Klasse degradiert und dadurch zum Schutze der Regierungen den Spitzeldienst, das unsauberste Handwerk, das es übrigens gibt, glaubt notwendig zu haben. Auf der einen Seite will man alle Staatsbürger von der Notwendigkeit der direkten und indirekten Steuern überzeugen und auf der anderen Seite wirft man Millionen wieder zum Zweck aus, einen Teil der Steuerzahler wieder zu belächeln. Das nennt man noch Gerechtigkeit. Arbeiter, merke es dir!

Sturm an der Berliner Börse. An der Börse herrschte am Donnerstag wieder heftige Erregung. Dem Optimismus, mit dem gestern die politische Situation beurteilt wurde, folgte wieder die Stimmung. Man begründete den Umschwung mit dem Gerücht, daß Rußland Gebiets-erweiterungen der Balkanstaaten nicht zu verhindern geneigt sei und wies ferner auf die gestrigen Erklärungen des Grafen Werthold in der österreichischen Delegation hin. Bei dem starken Verkaufsandrang wichen die Kurse der führenden Werte, wie anfangs, im Durchschnitt um etwa 2 Prozent. Bald darauf begannen sich die Angebote zu überfluten, während nicht die geringste Aufnahmefähigkeit hervortrat. Es fielen die Aktien der Deutschen Bank um 4 1/2 Prozent im Kurse, die Aktien der Kanadabahn um 5 Prozent, die Aktien der Rhönzuggesellschaft um 7 und später bis zu 10 Prozent; die Aktien der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft büßten je 5 Prozent ein. Die Aktien der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Sana“ gingen um 23 Prozent zurück. — Größere Zwangsverkäufe sollen für Rechnung österreichischer Spekulanten vorgenommen worden sein; es verlautete auch von Zahlungsschwierigkeiten Berliner Spekulanten. Erst um 1/2 3 Uhr machte sich eine Beruhigung bemerkbar, vornehmlich, als es hieß, die Deutsche Bank gehe mit Interventionskäufen vor. — Auf dem Kassamarkte übertrafen die Kursstürze die schärfsten Rückgänge an den vorhergegangenen Tagen. Eine Reihe von Werten sank um 25 und 30 Prozent. Die Aktien der Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz büßten 55 Prozent ein. — Auf dem Getreidemarkte zogen die Dezemberpreise für Weizen um 1 Mk. für Roggen um 2 1/2 Mk. und für Hafer um eine halbe Mark an.

Der Reichstag wird nicht einberufen. Wie wir zuverlässig erfahren, wird eine frühere Einberufung des Reichstags nicht erfolgen. Immerhin ist anzunehmen, daß die frühere Einberufung Gegenstand von Erwägungen war und daraus dürfte sich auch die von uns gebrachte Notiz des Braunschweiger Blattes erklären. Angst vor dem Reichstag. Die „Deutsche Tageszeitung“ sträubt sich mit Händen und Füßen dagegen, daß der Reichstag früher einberufen werden soll. Sie führt aus:



Wenn man eine möglichst sofortige Einderufung des Reichstags für nötig erachtet hätte, so hätte man sich dazu schon früher entschließen müssen. Wie die Dinge jetzt liegen, ist es ziemlich gleichgültig, ob der Reichstag Ende Oktober — an einen früheren Zusammentritt ist nicht zu denken — einberufen wird, oder ob man das Ende der Vertagung abwartet. Klarer dem zu erwartenden Entwurfe über die Verabschiedung des Fleischzollens und außer etwaigen Interpellationen hat der Reichstag keinen oder doch so gut wie keinen Beratungsstoff. Wollte man ihn also Ende Oktober einberufen, so würde er vermutlich nur wenige Tage zusammenbleiben können. Ob das zweckmäßig sei, steht dahin. Wir brauchen uns den Kopf darüber nicht zu zerbrechen. Die Regierung hat die Verantwortung darüber zu tragen, wenn sie einen Gesetzentwurf vorlegt, der in gewissem Sinne und unter gewissen Bedingungen schon vom 1. Oktober ab in Kraft treten soll. Vom Standpunkte dieser Verantwortung ist es aber belanglos, ob der Gesetzentwurf dem Reichstage Ende Oktober oder Ende November vorgelegt wird.

Diese Darlegungen bestätigen nur, daß die Agrarier den sehnlichen Wunsch haben, die ganze Fleischnotfrage zuerst im Junkerparlament zur Beratung zu bringen, ehe der Reichstag sich dazu äußern kann. Anfanglich hat die „Deutsche Tageszeitung“ selber sich für die schleunige Einderufung des Reichstags begeistert, allerdings um dann einige Tage später einen direkt entgegengesetzten Standpunkt einzunehmen.

**Konservativer Fortschritt.** Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich die konservative Monatschrift wieder einmal mit der Frage der Reformbedürftigkeit des konservativen Programms wie der konservativen Partei überhaupt. Während bisher gerade dieses Organ stark liebgeliebt mit den Ideen des sogenannten Kulturkonservatismus, nimmt es jetzt Veranlassung, von der neuen „Kulturkonservativen“ Blattgründung weit abzurücken. Allerdings hat sich dieses Organ sehr rasch als freikonservatives Blatt entpuppt, und darum wohl die Ablehnung, die es von dem konservativen Monatsorgan erfährt. Das konservative Monatsblatt schreibt:

„Was dem Konservatismus nützt, das ist nicht eine Umwandlung in einen sogen. fortschrittlichen Konservatismus, von dem das Neue, das Auszeichnende seine liberale Schließung ist. Solcher Konservatismus, wie er neuerlich feigegeboten wird, hat keinen Eigenwert, weil er den Fortschritt nicht mit konservativen Gedanken, sondern mit Anleihen beim Liberalismus zahlen möchte. Gerade der in der praktischen Politik oft wünschenswerte Ausgleich zwischen konservativen und liberalen Forderungen, der jenen fortschrittlichen Konservativen vorzuziehen, verliert seinen besten Wert, wenn die konservativen Forderungen nicht konservativ sind... Auch die vielbeschworene Umwandlung des konservativen Programms ist nicht unsere beabsichtigte Sorge; wenn das Programm vorhanden wird als eine Zusammenfassung dauernder Grundsätze, nicht aktueller Forderungen. Unser Programm ist weniger schlecht als unpraktisch. Es verbindet allgemeine Ideen mit speziellsten Betrachtungen. Man täte besser, sich im Programm auf eine bündige Formulierung der großen konservativen Grundgedanken zu beschränken, daneben aber von Wahl zu Wahl oder von Staatsjahr zu Staatsjahr die konkreten Ziele, für die die Partei kämpfen will, zu veröffentlichen. Die Neuformung des prinzipiellen Programms mag einstweilen unterbleiben. Aber das aktuelle Programm der gegenwärtigen Ziele, das Programm des konservativen Fortschritts, das brauchen wir... Im Kampfe der Parteien erscheint eine Partei nicht als Vertreterin ihrer großen Ideen, sondern sie wird beurteilt nach dem, was sie praktisch tut und fordert... Der Wunsch nach konservativem Fortschritt geht nicht auf eine Umänderung der konservativen Ziele, sondern auf ein tatsächliches allgemeines Heraustrreten mit berechtigten konservativen Forderungen.“

Der Gedanke, die konservativen Ziele mehr in den Hintergrund treten zu lassen, für den praktischen politischen Kampf gewissermaßen auszuschalten, und an Stelle der konservativen Anschauungen politische Augenblicksforderungen zu stellen, mag taktisch sehr klug erscheinen und könnte den Konservativen wohl auch den gewünschten Zulauf bringen, wenn die konservativ-agrarische Politik nicht allzuzeitige Spuren in der Geschichte der letzten Zeit hinterlassen hätte. Jetzt mag man sich drehen und wenden, wie man will; über die agrarisch-junkerlichen Volksfeinde ist niemand im Volke mehr zu täuschen.

**Wenn der Vorhang fällt.**

Aus der Komödie des Lebens.  
Roman von Jonas Lie.

85 (Fortsetzung.)  
Drunten tobte ein wilder Haufe, der in Todesangst nach Brandy, Kognak und Champagner schrie und brüllte. Sie brachen in die Restaurations- und Proviandräume ein. — Man sah nur weißlichgraue Gesichter.  
Der versteinernde Schreckensblick des Todes begegnete hier, wie draußen in der weiten Welt, den verschiedenartigsten Naturen.  
Da waren große Herzen — liebevolle Gemüter, deren erste instinktive Bewegung nicht die der Furcht war, sondern die, taufkräftig eingzugreifen, sich selbst zu vergessen und den andern zu helfen.  
Und da waren kleine Herzen, die vor seinem eisigen Atem schrumpften und welkten, bis das Bewußtsein verdämmerte und sie umhergingen wie die Blödsinnigen. Enge Gemüter, die niemals einen herzhaften Griff ins Leben getan hatten und nun, da sie es verlassen sollten, stumpf dastanden.  
Das vorherrschende Gefühl war: Keine Zeit zu verlieren — keine Zeit zu verlieren! Ueber ein kleines brach das Verhängnis herein und das Schiff sank unter ihren Füßen.  
Man sah Frauen mit Kindern auf den Armen, die sich wild von den rettenden Händen, die sie in den Booten bergen wollten, losrissen, und, außer sich, zu ihren Gemännern zurückdrängten, um von diesen wieder fortgetrieben zu werden.  
Abschiedsrufe — verzweifelte, zärtliche, tränenerstickte, aufmunternde — klangen mit den verschiedensten Namen — in den verschiedensten Sprachen zusammen — von denen die noch auf Red standen, und von denen — Frauen — Kindern — Ohnen — Töchtern — die mit ausgetrockneten Händen von den Booten zu ihnen emporstarrten.

**Die Gewehrfabrikanten brauchen Arbeit.** Die Korrespondenz des Wehrvereins macht der Seeresverwaltung „eifrigste Vorwürfe, weil die in der Heeresvorlage von 1912 angeforderten 106 Maschinengewehrkompanien noch nicht aufgestellt sind. Es handelt sich um eine Verdoppelung des Maschinengewehrbestandes, der sich alles in allem auf 700 Stück bezieht. Solche Bestellungen lohnen schon, der Seeresverwaltung etwas Feuer unter den Hintern zu machen.“

**Die Anwendung des polnischen Enteignungsgesetzes.** Wie die „Post“ von absolut zuverlässiger Quelle erfahren haben will, ist die Enteignung mehrerer in polnischer Hand befindlicher Rittergüter bereits in die Wege geleitet worden. Es handelt sich dabei um vier Gutsbezirke mit einer Gesamtfläche von 1700 ha, die sich auf die Kreise Znin und Strelno im Regierungsbezirk Bromberg, Posen-N in dem Regierungsbezirk Posen und Schwes im westpreussischen Regierungsbezirk Marienwerder verteilen.

Das Gesetz ist im Jahre 1908 in den beiden preussischen Parlamenten mit auffallender Eile durchgedrückt worden. Fürst Hilow ließ durchblicken, daß das Wohl und Wehe des preussischen Staates von der Annahme des Gesetzes abhängige. Aus dem Umstand, daß das Gesetz dann nicht angewendet wurde, schloß man, daß es der Regierung nur darum zu tun gewesen sei, ein PreSSIONSMittel gegen die Polen in die Hand zu bekommen. Die Nachricht der „Post“ bedarf allerdings erst noch der Bestätigung.

**Erfolgreiche Streiks in der Schuhindustrie.** Der Streik bei der Firma J. J. Schläger in Neutlingen (Württ.) wurde nach 10tägiger Dauer mit Erfolg beendet. Erreicht wurde Lohnerhöhung, Stägige Lohnzahlung, Abschaffung der Kaution, Garantie des Durchschnittslohnstandes bei Änderungen oder Neuerungen, eine Stunde früher Geschäftsbeginn an Samstagen und Vorabenden vor Festtagen, Entschädigung bei Ueberzeitarbeit, dazu einige sonstige Verbesserungen innerhalb des Betriebes. Diese Bewegung gewinnt besonders dadurch an Bedeutung, weil seit dem 26jährigen Bestehen des Betriebes noch keinerlei Verbesserungen der Verhältnisse eingeführt wurden. Von den Ausständigen wurde kein einziger zum Streifsbrecher, während das einzige Mitglied der christlichen Organisation von vornherein den Arbeitswilligen machte, obwohl man durch dessen Neuierungen annehmen mußte, daß er den Zustand garnicht abwarten konnte.

Der Schuhmachere streik in Brees (Schlesw.-Holstein) ist nach 2wöchiger Dauer erfolgreich für die Gesellen beendet worden. Am 1. Mai stellten die Schuhmachergesellen die Arbeit ein, weil die Meister eine Lohnerhöhung verweigerten. Jetzt haben sich die Meister doch zu einer Lohnerhöhung, die am 1. Februar 1913 in Kraft treten soll, bereit erklärt. Der neu abgeschlossene Vertrag hat bis zum 1. Mai 1913 Gültigkeit.

**Der bayerische Verkehrsminister als Scharfmacher.** Der bayerische Verkehrsminister hat am Freitag im Reichsrat seine Erklärungen gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband wiederholt und verschärft. Inzwischen hat der Vorstand des Verbandes unter Umständen, die den Eintritt des Genossen P. o. h. haupter von der Redaktion des Verbandsorgans veranlassen, in einer Erklärung die Streiks als gesetzlich unzulässig bezeichnet. Der Minister äußerte darauf, daß die Erklärung an seiner Stellungnahme nichts ändere; mit dieser um Jahre zu spät kommenden Versicherung sei die Sache nicht erledigt. Kein Eisenbahner dürfe einer Organisation angehören, die die Arbeits Einstellung als zulässig erachtet, oder deren Verhalten nicht die Gefahr eines Ausstandes herbeizuführen geeignet ist. In der gleichen Sitzung versicherte der Verkehrsminister seine Sympathie mit einer Anregung, die vierte Wagenklasse auch in Bayern einzuführen, nur müsse man noch etwas damit warten.

**Badische Politik.**

„Dumm und frech.“

Das ist das Prädikat, das man im allgemeinen der Zentrumspreffe beilegen kann. Am letzten Mittwoch unternahm bekanntlich die Budgetkommission der Zweiten Kam-

mer gemeinschaftlich mit Regierungsvertretern eine Besichtigungsreise nach dem Murgtal bezw. den Verhältnisse des künftigen Kraftwerkes und des Staatwehrs am Hornbachweg. Auf Gundesack wurde das Mittagessen eingenommen. Darüber wußte die bürgerliche Presse folgende Bikanterie zu berichten: „Die Tafel bot ein äußerst lebhaftes Bild und gewann dadurch einen besonderen Reiz, daß Minister v. Bodman den sozialdemokratischen Abgeordneten Kolb zu seiner Rechten bat.“

Es war voranzusehen, daß die Zentrumspreffe diesen Satz in Fett gedruckt bringen wird. Aber was sich der „Freiburger Bote“ mit Bezug hierauf leistete, übersteigt doch die Grenze des Zulässigen. Derselbe berichtet über die Reize unter der Spitzmarke: „Die Budgetkommission im Murgtal. „Genosse“ von Bodman links, Genosse Kolb rechts.“

Der „Bad. Beobachter“ war wenigstens so anständig, den betreffenden Satz nicht tendenziös zu vertieren. Derselbe brachte auch in seiner Freitagssnummer im Anschluß an den Bericht über die Besichtigung der Kraftwerke am Oberrhein folgende Redaktionsbemerkung:

„Wir brachten gestern, wie auch andere Blätter, den Bericht der „Oberrheinischen Korrespondenz“ über die Besichtigung im Murgtal. In dem Bericht wurde als besonders bemerkenswert hervorgehoben, daß Minister von Bodman den Abgeordneten Kolb beim Mittagessen zu seiner Rechten gebeten habe. So wie die Sache gemeldet wurde, mußte diese Tatsache allerdings als auffällig bezeichnet werden. Nun wird uns aber berichtet, daß daran gar nichts auffälliges gewesen sei, da sich der Minister einfach an die Besetzung der Stellen in der Budgetkommission hielt. Der 1. Vorsitzende Abg. Nebmann war nicht anwesend, demnach mußte an seine Stelle der stellvertretende Vorsitzende, nämlich Abg. Kolb, treten, der also mit Recht den Platz rechts neben dem Minister einnahm. Das ist in keiner Weise auffallend. Da Pressevertreter an der Besichtigung nicht teilnahmen, müssen wir uns darüber wundern, daß ein Teilnehmer der Besichtigung aus Abgeordnetenkreisen dem Nachrichtenbureau eine die tatsächliche Situation so tendenziös schildernde Darstellung gab. D. Red.“

Es ist leider wahr, daß gerade die Freiburger Zentrumsblätter durch ihre Verteidigungsposition gegenüber der aufstrebenden Freiburger „Volkswacht“ in ihrer Gehässigkeit und blinden Wut jedes Augenmaß für politischen Anstand verloren haben. Die Sprache der beiden Freiburger Zentrumsblätter ist mitunter eine derartige, daß man meinen sollte, die Parteilichkeit des Zentrums hätte schon im Interesse des Ansehens der Presse Veranlassung nehmen müssen, hier eingegriffen. Aber die list ja in B ä h r i n g e n und scheint damit vollständig einverstanden zu sein. Für diese Art Journalistik gilt eben auch das Wort: „Durch Heftigkeit erfährt der Fremde, was ihm an Wahrheit und an Kräften fehlt!“

**Ein vernünftiges Wort aus dem Munde eines Geistlichen.**

Bei der am 10. d. M. stattgefundenen Tagung der Diözesanynode Oberheidelberg sprach Pfarrer Weiser aus P u h l o c h über das Thema: „Kirche und Sozialdemokratie“. Wie wir einem Berichte des „Siebener Tagesblatt“ entnehmen, hatte der Redner eine Reihe ausgesprochener bedeutender Männer der Gegenwart zusammengestellt, in welchen die Einflußlosigkeit der evangelischen Kirche der Gegenwart grell beleuchtet wurden. Vor allen Dingen dürfe die evang. Kirche sich nicht allzu feindselig gegen die Sozialdemokratie stellen, der Pfarrer dürfe nicht stets gegen die „Sozzen“ predigen, sondern die ethischen Ideen der Sozialdemokratie seien anzuerkennen und zu würdigen. Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, menschenwürdiges Dasein usw. Dann würde die Sozialdemokratie sich nicht als inimicissima Feindin der evangelischen Kirche gebärden; denn so weit seien die großen Massen der Sozialdemokratie doch noch nicht von der Kirche und ihren Gnadenmitteln entfernt und ihr entfremdet, daß sie nicht z. B. die Werke der inneren Mission anerkennen und achten. Der Referent schloß mit einem Ausblick, daß eine Zeit kommen werde, in der sich die Sozialdemokratie auch andern Fragen wieder zuwendet, als nur Fragen wirtschaftlichen und industriellen In-

„Ich bekenne — ich bekenne“ — jammerte und freischte er. „Ich bin der entflohene Kassierer. Mein Stedbrief steht in allen Zeitungen.“

„Hier bin ich — nehm mich fest. — Mein Gefängnis wird die Tiefe des Meeres sein — der Meeresgrund — der Meeresgrund —“

„Wer doch wieder daheim fäße an der Kasse — bei seinem täglichen Brote!“ Bernichtet und stöhnend lag er da.

„Drüben an der Kajitentreppe saß Thor Wangenstein — zusammengesunken — die Arme um das Geländer geschlungen. Das plötzliche Durchschneiden des Lebensfadens hatte ihn vollständig übermächtig.“

„Betäubt — wie hilflos und stumpf saß er da. Vor seinem absterbenden Bewußtsein begann ein Land aufzusteigen — ein Land, das er nie zuvor erblickt hatte — eine kalte, tote, von allen Farben verlassene Debe, wie wenn er über die unbewachten Steingefilde des Mondes blickte.“

„Ein paar zusammengesunkene Planken staken in dem groben Sande. Sie sahen aus wie Bretter eines Sarges — mit einer Art verblinderter Buchstaben darauf.“

„Er sah es in steigender Klarheit, während das Dunkel tiefer und tiefer war.“

„Eine Kälte stieg daraus auf — ein Hauch von des Daseins grauenvoller Gleichgültigkeit.“

„Er leuchtete. Und plötzlich stand er auf.“

„Es galt die Situation zu überblicken.“

„Die Boote — die Boote.“

(Fortsetzung folgt.)

**Mazedonien.**

Was man früher die orientalische Frage (heute spricht man vom „nahen Osten“) im Gegenfatz zu dem heute wichtiger gewordenen „fernen Osten“, d. h. Ostasien nannte, das konzentriert sich jetzt, nachdem Serbien und Bulgarien ihre Unabhängigkeit erreicht haben, hauptsächlich auf Mazedonien: das von einem unentwerdbaren Völkern und Religionsgemisch bewohnte mittlere und westliche Stück der Balkanhalbinsel, das seit über zehn



halts, daß sie sich sehnt zu Gott und Vaterland und Gesell-

Diese Worte stehen sehr angenehm ab von den teuf-

tritt am Dienstag, 22. Oktober, wieder zusammen, um den

Der Landtag

Aus dem Landtag.

Die Budgetkommission der Zweiten Kammer

hat am Samstag ihre Beratungen über die Gesetzesvor-

Die gewonnene elektrische Energie wird unbeschatet aller

Einer Anregung von sozialdemokratischer Seite, in den

Der Gesetzentwurf wird schließlich mit einigen redak-

Die Teuerung.

Maßnahmen gegen die Teuerung.

Vor längerer Zeit hatte die Bremische Bürger-

Jahren der eigentliche Herd des immer neu überfliehenden

Wagendonien, in der Geschichte bekannt als der Sitz der

Landtag des Staates Bremen, eine Deputation zur Prüfung von

Einige größere Gemeinden in Ost- und Westpreußen

Im Regierungsbezirk Düsseldorf hat das Ministerium

Die Stadt Berlin will Fleisch aus Ausland einführen,

Die württembergische Regierung hat beim Bundes-

Schwiegerleiten durch die preußische Regierung.

Aus Karlsruhe wird gemeldet: Die 150 Stück Ochsen,

Der Ausschuß der Versicherungsanstalt, bestehend aus den

Der Ausschuß war vollständig versammelt und begann seine

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

13 Punkte. Von besonderem Interesse war, daß es die erste

Punkt 1: Wahl des Vert.-Vorstandes und Ernennung der

Punkt 2: Prüfung, Beantragung bzw. Annahme der Regi-

Kaufmann-Weidberg verlangt Aufklärung über das Kon-

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte

Die Tagesordnung umfaßte







**Billingen, 8. Okt.** Eine außerordentliche Generalversammlung der Ortskrankenkasse Billingen sprach sich dahin aus, die Ortskrankenkasse Billingen ohne die Gemeinde Pfaffenweiler und Unterbach weiter zu führen. Ein Antrag der Kassenvorwaltung, das Gehalt des Vorstands von 2200 auf 2800 M. zu erhöhen, wurde vertagt. Weiter besprach die Versammlung die Erhöhung des Beitrags. Ein Beschluss wurde hierbei nicht gefasst, bei dem schlechten Stand der Kasse, die jetzt den Referendatsantrag anstreifen müsste, erscheint eine Beitragserhöhung unausträglich.

**r. Zentralisation der Krankenkassen im Heilberger Bezirk.** Die Besuche, eine für den ganzen Bezirksamtsbezirk zuständige Krankenkasse zu errichten, dürfen als gescheitert betrachtet werden. Nachdem eine ganze Anzahl von Ortskrankenkassen des Bezirksamts Antrag auf Weiterbestehen gestellt hat, ist die geplante Zentralisation lediglich auf das Stadtgebiet beschränkt. Der Stadtrat verzichtet auf die Errichtung einer besonderen Ortskrankenkasse für Dienstboten usw., wenn die Ortskrankenkasse Heilberg Antrag auf Erweiterung bezuglos stellt.

Ein Versuch, die in der Stadt bestehenden Innungs-Krankenkassen der Bäcker und der Metzger, ebenso die verschiedenen Betriebskrankenkassen zum Anschluss zu bewegen, misslang. Es wird für die Folge also eine allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk neben einer Ortskrankenkasse für den Landbezirk bestehen. Der Wunsch des Bezirksamtes ist damit gescheitert. Die durch die Schließung der Gemeindefrankenkasse freierwerbenden 8000 Mitglieder werden neben dem neu zu errichtenden Personenkreis der Ortskrankenkasse einen Mitgliederzuwachs von ca. 5000 bringen.

**Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im September 1912** wird berichtet: Nach dem außerordentlich lebhaften Vermittlungsverkehr bei den öffentlichen Arbeitsämtern zu schließen, war die Geschäftslage im abgelaufenen Berichtsmontat fast allgemein noch recht günstig. In der männlichen Abteilung wurde die hohe Zahl der offenen Stellen vom August ds. Jrs. noch um rund 200 überzogen; sie betrug 700 mehr als im September 1911. Da andererseits die Zahl der Arbeitsjungen um rund 600 bzw. 700 gegen die Vergleichsmontate zurückgegangen ist, kommen im September laufenden Jahres auf 100 verlangte Arbeitskräfte nur noch 188 Stellenjungen gegen 171 im August ds. Jrs. und 179 im September 1911. Die Zahl der erfolglosen Vermittlungen hat sich beinahe auf der beträchtlichen Höhe des Vormonats gehalten und übersteigt die gleiche Ziffer des Vormonats um 760. Auch in der weiblichen Abteilung entfaltete sich eine äußerst rege Vermittlungstätigkeit, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß Angebot und Nachfrage in diesem Spätherbstmonat regelmäßig bedeutend anfielen. Im ganzen gieng sich bei der weiblichen Abteilung Angebot und Nachfrage beinahe vollständig aus.

**Das neue schweizerische Fabrikgesetz.** Nach Mitteilung der „Wärner Nachrichten“ sind in dem nun in der Vorberatung erledigten Entwurf u. a. folgende Vorschriften enthalten: 1. Als Fabrik, auf die das Gesetz anwendbar ist, gilt jede industrielle Anstalt, in der eine Mehrzahl von Arbeitern außerhalb ihrer Wohnräume beschäftigt ist. Eingeschlossen sind Werkplätze und auswärtige Verrichtungen. 2. Die Abänderung der 14tägigen Arbeitszeit muß schriftlich erfolgen. Nicht gekündigt darf werden wegen Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes, soweit der bestehende Dienstvertrag dadurch nicht verletzt wird; ferner nicht wegen einer unüberwindlichen Erwerbsunfähigkeit infolge von Krankheit oder Unfall bis zur Dauer von vier Monaten oder wegen schwererischer Pflichtverletzungen. 3. Die Lohnzahlung muß spätestens vierzehntägig unter Befugigung einer Abrechnung an einem Wochentag während der Arbeitszeit erfolgen. 4. Die Arbeitszeit darf nicht über zehn Stunden festgelegt werden. Ueberstunden sowie vorübergehende Sonntags- und Nachtarbeit bedingt einen Lohnzuschlag von mindestens 25 Prozent. Ueberzeit darf nur in Notfällen bewilligt werden und nicht über zwei Stunden an einem Tage dauern. An Vorabenden der Sonn- und Feiertage ist die Arbeitszeit höchstens neun Stunden. 5. Kinder dürfen nicht vor 14 Jahren oder vor sich weiter erstreckender Beendigung der Schulpflicht zur Arbeit verwendet werden. Unter 16 Jahren werden sie durch Bundesratsverordnung aus bestimmten Fabrikationszweigen ausgeschlossen, dürfen auch nicht zu Ueberstunden und bis zu 18 Jahren nicht zur Sonntags- oder Nachtarbeit herangezogen werden. 6. Weibliche Personen dürfen keine Sonntags- oder Nachtarbeit leisten und werden von bestimmten Fabrikationen oder Verrichtungen durch Verordnung ausgeschlossen. 7. Arbeiterinnen dürfen in den ersten sechs Wochen nicht beschäftigt, auch darf ihnen nicht auf diese Zeit oder während ihrer Genesung. Sie dürfen ein Viertel des Tagelohns nicht überschreiten. Der Bundesrat hatte ihre völlige Abschaffung vorgeschlagen. 8. Das Wuchersystem hat sich überlebt. Das Recht empfinden wird verletzt, wenn die eine der beiden Vertragsparteien befugt ist, der anderen eine Strafe aufzuerlegen, während die andere ihren Schutz beim Richter suchen muß. Die Waffens sind nicht gleich. Doch ließ sich die Kommission dadurch nicht bestimmen.

Von besonderer Bedeutung ist die Einführung des Zehntagesgesetzes, mit der die Schweiz wieder an die Spitze auf einem Hauptgebiete des Arbeiteraufbaues tritt, nachdem sie 1877 mit Einführung der effizienten Arbeitszeit vorangegangen ist. Der Schritt ist nicht so groß. Hatte doch schon im Jahre 1907 59,6 Proz. und 1909 schon 63,4 Proz. der Fabriken (62,1 Prozent der Arbeiter) eine höchstens zehntägige Arbeitszeit. Wichtig ist ferner das Verbot der Lohninbehaltung als Sicherung für künftigen Schaden, desgleichen von großer grundsätzlicher

Wichtigkeit das Verbot der Kündigung wegen Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes; der erste Schritt zur Sicherung des Arbeitsplatzes gegen Unternehmervillkür und eine Gewährleistung der gesetzlichen Koalitions- und politischen Rechte. — Zur Schlichtung von Gesamtarbeitsverträgen (Normalverträgen) sollen kantonale Einigungsämter errichtet werden, an deren Stelle freiwillige treten können.

**Kommunalpolitik.** Forstheim, 14. Okt. Bekanntlich verließ die Bürgermeistereiwahl hier dreimal resultatlos. Die Regierung hat nun von ihrem Rechte Gebrauch gemacht und den feierlichen Bürgermeister, Herrn Gröhinger, auf ein Jahr zum Bürgermeister bestimmt.

**Dittenau (Wurgtal).** (Bürgerausschreibung vom 10. Okt.) Zur Beratung lagen zwei Punkte vor: 1. Einrichtung einer Hochschule, 2. Ausbau der Wasserversorgung. Punkt 1 wurde genehmigt. Die Einrichtung wurde auf ca. 8500 M. angeschlagen. Als Gebäude kommt das alte Schulhaus in Betracht. Es muß daselbst jedoch zu diesem Zweck umgebaut werden. Die Wasserversorgungsarbeiten waren über diesen Punkt verhandelt, da das Grundstück auf die Dauer noch seinem Zweck nicht entspricht. Verantwortlich ist noch, zu erwägen, daß auf Befragen vom Bürgermeister die Erklärung abgegeben wurde, daß die Leitung der Hochschule nur von der politischen Gemeinde aus erfolgt.

Punkt 2: Der Bürgermeister beauftragte den Ausschuss, daß die Wirtschaftsgelder durch die Wohnungen nach Wasser schon stark in Anspruch genommen seien und es nicht zu umgeben sei, eine Aufnahme von ca. 90 000 M. zu machen, um die Wasserversorgung auszubauen. Dieser Punkt wurde mit allen gegen eine Stimme genehmigt. Auf Befragen des Bürgermeisters teilte dieser mit, daß laut Aussage des Kantonsspektors für die Gemeinde Dittenau das Wasser reichlich genügen würde, da 3,8 Sekundentliter für 3000 Einwohner ausreichen würden und die Brunnen schon 7 Sekundentliter werfen. Der Ausschuss ist sich nun noch nicht einig darüber, das Bohrloch noch tiefer zu legen durch Ausschachten oder Bohren. Wir halten das Letztere für besser, auch sind wir der Ansicht, daß es besser ist für das Unternehmen, wenn ein Defizit festgestellt wird, welches gegebenenfalls die Gemeinde vor etwaigen Störungen durch Brand oder Hochwasser schützen würde.

**Freiburg, 13. Okt.** Auf Anregung der Industriekommission bewilligte der Stadtrat 300 000 M. für die Errichtung von Industriehallen. Dieses Gelände wird zu billigeren Preisen abgegeben werden.

**Reichsverband deutscher Städte.** In Berlin hält seit Donnerstag der Reichsverband deutscher Städte, eine Vereinigung der mittleren „nichtkreisfreien“ Städte, seine dritte Mitglieder-Versammlung ab. 513 Städte gehören dem Verbande an. Zunächst stand die Preissteuerung zur Beratung. Hierzu hatte der Vorstand einen Antrag ausgearbeitet, in dem er sich ebenso wie der Vorstand des Deutschen Städteverbandes über die Steuerungsfrage äußert, und in dem der Staatsregierung neben der vom Reichsverband des Deutschen Städteverbandes vorgeschlagenen Aufhebung der Milderung des § 12 des Reichsbeschaffengesetzes und neben den von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen empfohlen wird:

1. Der Erlass von Ausschreibungsverboten für deutsches Schlachtvieh, insbesondere Hammel.
2. Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze und Gleichstellung des dort geprüften ausländischen Fleisches mit dem inländischen.
3. Fortfall des Jolles für aus den deutschen Kolonien eingeführtes Fleisch.
4. Wettbewerbsfreie Eisenbahnfrachttariffestimmungen.

Im übrigen müsse erwartet werden, daß diese keinen Mittel zur Hebung der größten augenblicklichen Notstände durch Schöpfung der Fleischproduktion im Inlande, Schaffung von Vorratsgütern, Verabänderung ungesunder Nahrungsmittelzusammensetzungen usw. erreicht werden, um dadurch eine gesunde dauernde Lage herbeizuführen.

Dieser Beschluß soll dem Reichsanwalt unterbreitet werden mit der Bitte, zu veranlassen, daß die den größeren Städten in Aussicht gestellten Erleichterungen auch den kleineren zugute kommen. — Mitgeteilt wurde auch, daß der Vorstand am 12. Oktober eine Audienz beim Landwirtschaftsminister haben werde.

Vor der Preissteuerungsdebatte hatte der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß der Vorstand beschlossen habe, möglichst beschleunigte Schritte zu tun, um die schweren Gefahren zu beseitigen, die den öffentlichen Gewalten (Staaten und Gemeinden) wie dem gesunden Wettbewerb innerhalb der berechtigten Industrien und Landwirtschaftsgruppen von den großen Elektrizitätsfirmen beim Bau und Betrieb von Ueberlandzentralen drohen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Organisation des Kommunalverkehrs. Landrat Trübner aus Remont in Westpreußen berichtete über die geplante deutsche Kommunalverkehrsorganisation und zugleich als Zentralamt der Sparkassen zu dienen. Der Redner empfiehlt den Gemeinden die finanzielle Beteiligung an der deutschen Kommunalbahn. — Die von Reichsminister aufgestellten Beschlüsse wurden angenommen.

Bürgermeister Dr. W. v. L. in Eilenburg sprach dann über das Interesse der mittleren und kleineren Städte an Wanderversammlungen. Er hob hervor, daß in den Städten unter 50 000 Einwohnern die Theaterfrage sehr im argen liege und daß sich ihre Lösung auf dem vom Märktischen Wanderverbande und dem

Reichsverbande deutscher Städte, eine Vereinigung der mittleren „nichtkreisfreien“ Städte, seine dritte Mitglieder-Versammlung ab. 513 Städte gehören dem Verbande an. Zunächst stand die Preissteuerung zur Beratung. Hierzu hatte der Vorstand einen Antrag ausgearbeitet, in dem er sich ebenso wie der Vorstand des Deutschen Städteverbandes über die Steuerungsfrage äußert, und in dem der Staatsregierung neben der vom Reichsverband des Deutschen Städteverbandes vorgeschlagenen Aufhebung der Milderung des § 12 des Reichsbeschaffengesetzes und neben den von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen empfohlen wird:

1. Der Erlass von Ausschreibungsverboten für deutsches Schlachtvieh, insbesondere Hammel.
2. Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze und Gleichstellung des dort geprüften ausländischen Fleisches mit dem inländischen.
3. Fortfall des Jolles für aus den deutschen Kolonien eingeführtes Fleisch.
4. Wettbewerbsfreie Eisenbahnfrachttariffestimmungen.

Im übrigen müsse erwartet werden, daß diese keinen Mittel zur Hebung der größten augenblicklichen Notstände durch Schöpfung der Fleischproduktion im Inlande, Schaffung von Vorratsgütern, Verabänderung ungesunder Nahrungsmittelzusammensetzungen usw. erreicht werden, um dadurch eine gesunde dauernde Lage herbeizuführen.

Dieser Beschluß soll dem Reichsanwalt unterbreitet werden mit der Bitte, zu veranlassen, daß die den größeren Städten in Aussicht gestellten Erleichterungen auch den kleineren zugute kommen. — Mitgeteilt wurde auch, daß der Vorstand am 12. Oktober eine Audienz beim Landwirtschaftsminister haben werde.

Vor der Preissteuerungsdebatte hatte der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß der Vorstand beschlossen habe, möglichst beschleunigte Schritte zu tun, um die schweren Gefahren zu beseitigen, die den öffentlichen Gewalten (Staaten und Gemeinden) wie dem gesunden Wettbewerb innerhalb der berechtigten Industrien und Landwirtschaftsgruppen von den großen Elektrizitätsfirmen beim Bau und Betrieb von Ueberlandzentralen drohen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Organisation des Kommunalverkehrs. Landrat Trübner aus Remont in Westpreußen berichtete über die geplante deutsche Kommunalverkehrsorganisation und zugleich als Zentralamt der Sparkassen zu dienen. Der Redner empfiehlt den Gemeinden die finanzielle Beteiligung an der deutschen Kommunalbahn. — Die von Reichsminister aufgestellten Beschlüsse wurden angenommen.

Bürgermeister Dr. W. v. L. in Eilenburg sprach dann über das Interesse der mittleren und kleineren Städte an Wanderversammlungen. Er hob hervor, daß in den Städten unter 50 000 Einwohnern die Theaterfrage sehr im argen liege und daß sich ihre Lösung auf dem vom Märktischen Wanderverbande und dem

Reichsverbande deutscher Städte, eine Vereinigung der mittleren „nichtkreisfreien“ Städte, seine dritte Mitglieder-Versammlung ab. 513 Städte gehören dem Verbande an. Zunächst stand die Preissteuerung zur Beratung. Hierzu hatte der Vorstand einen Antrag ausgearbeitet, in dem er sich ebenso wie der Vorstand des Deutschen Städteverbandes über die Steuerungsfrage äußert, und in dem der Staatsregierung neben der vom Reichsverband des Deutschen Städteverbandes vorgeschlagenen Aufhebung der Milderung des § 12 des Reichsbeschaffengesetzes und neben den von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen empfohlen wird:

1. Der Erlass von Ausschreibungsverboten für deutsches Schlachtvieh, insbesondere Hammel.
2. Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze und Gleichstellung des dort geprüften ausländischen Fleisches mit dem inländischen.
3. Fortfall des Jolles für aus den deutschen Kolonien eingeführtes Fleisch.
4. Wettbewerbsfreie Eisenbahnfrachttariffestimmungen.

Im übrigen müsse erwartet werden, daß diese keinen Mittel zur Hebung der größten augenblicklichen Notstände durch Schöpfung der Fleischproduktion im Inlande, Schaffung von Vorratsgütern, Verabänderung ungesunder Nahrungsmittelzusammensetzungen usw. erreicht werden, um dadurch eine gesunde dauernde Lage herbeizuführen.

Dieser Beschluß soll dem Reichsanwalt unterbreitet werden mit der Bitte, zu veranlassen, daß die den größeren Städten in Aussicht gestellten Erleichterungen auch den kleineren zugute kommen. — Mitgeteilt wurde auch, daß der Vorstand am 12. Oktober eine Audienz beim Landwirtschaftsminister haben werde.

Vor der Preissteuerungsdebatte hatte der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß der Vorstand beschlossen habe, möglichst beschleunigte Schritte zu tun, um die schweren Gefahren zu beseitigen, die den öffentlichen Gewalten (Staaten und Gemeinden) wie dem gesunden Wettbewerb innerhalb der berechtigten Industrien und Landwirtschaftsgruppen von den großen Elektrizitätsfirmen beim Bau und Betrieb von Ueberlandzentralen drohen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Organisation des Kommunalverkehrs. Landrat Trübner aus Remont in Westpreußen berichtete über die geplante deutsche Kommunalverkehrsorganisation und zugleich als Zentralamt der Sparkassen zu dienen. Der Redner empfiehlt den Gemeinden die finanzielle Beteiligung an der deutschen Kommunalbahn. — Die von Reichsminister aufgestellten Beschlüsse wurden angenommen.

Bürgermeister Dr. W. v. L. in Eilenburg sprach dann über das Interesse der mittleren und kleineren Städte an Wanderversammlungen. Er hob hervor, daß in den Städten unter 50 000 Einwohnern die Theaterfrage sehr im argen liege und daß sich ihre Lösung auf dem vom Märktischen Wanderverbande und dem

Reichsverbande deutscher Städte, eine Vereinigung der mittleren „nichtkreisfreien“ Städte, seine dritte Mitglieder-Versammlung ab. 513 Städte gehören dem Verbande an. Zunächst stand die Preissteuerung zur Beratung. Hierzu hatte der Vorstand einen Antrag ausgearbeitet, in dem er sich ebenso wie der Vorstand des Deutschen Städteverbandes über die Steuerungsfrage äußert, und in dem der Staatsregierung neben der vom Reichsverband des Deutschen Städteverbandes vorgeschlagenen Aufhebung der Milderung des § 12 des Reichsbeschaffengesetzes und neben den von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen empfohlen wird:

1. Der Erlass von Ausschreibungsverboten für deutsches Schlachtvieh, insbesondere Hammel.
2. Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze und Gleichstellung des dort geprüften ausländischen Fleisches mit dem inländischen.
3. Fortfall des Jolles für aus den deutschen Kolonien eingeführtes Fleisch.
4. Wettbewerbsfreie Eisenbahnfrachttariffestimmungen.

Im übrigen müsse erwartet werden, daß diese keinen Mittel zur Hebung der größten augenblicklichen Notstände durch Schöpfung der Fleischproduktion im Inlande, Schaffung von Vorratsgütern, Verabänderung ungesunder Nahrungsmittelzusammensetzungen usw. erreicht werden, um dadurch eine gesunde dauernde Lage herbeizuführen.

Dieser Beschluß soll dem Reichsanwalt unterbreitet werden mit der Bitte, zu veranlassen, daß die den größeren Städten in Aussicht gestellten Erleichterungen auch den kleineren zugute kommen. — Mitgeteilt wurde auch, daß der Vorstand am 12. Oktober eine Audienz beim Landwirtschaftsminister haben werde.

Vor der Preissteuerungsdebatte hatte der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß der Vorstand beschlossen habe, möglichst beschleunigte Schritte zu tun, um die schweren Gefahren zu beseitigen, die den öffentlichen Gewalten (Staaten und Gemeinden) wie dem gesunden Wettbewerb innerhalb der berechtigten Industrien und Landwirtschaftsgruppen von den großen Elektrizitätsfirmen beim Bau und Betrieb von Ueberlandzentralen drohen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Organisation des Kommunalverkehrs. Landrat Trübner aus Remont in Westpreußen berichtete über die geplante deutsche Kommunalverkehrsorganisation und zugleich als Zentralamt der Sparkassen zu dienen. Der Redner empfiehlt den Gemeinden die finanzielle Beteiligung an der deutschen Kommunalbahn. — Die von Reichsminister aufgestellten Beschlüsse wurden angenommen.

Bürgermeister Dr. W. v. L. in Eilenburg sprach dann über das Interesse der mittleren und kleineren Städte an Wanderversammlungen. Er hob hervor, daß in den Städten unter 50 000 Einwohnern die Theaterfrage sehr im argen liege und daß sich ihre Lösung auf dem vom Märktischen Wanderverbande und dem

Reichsverbande deutscher Städte, eine Vereinigung der mittleren „nichtkreisfreien“ Städte, seine dritte Mitglieder-Versammlung ab. 513 Städte gehören dem Verbande an. Zunächst stand die Preissteuerung zur Beratung. Hierzu hatte der Vorstand einen Antrag ausgearbeitet, in dem er sich ebenso wie der Vorstand des Deutschen Städteverbandes über die Steuerungsfrage äußert, und in dem der Staatsregierung neben der vom Reichsverband des Deutschen Städteverbandes vorgeschlagenen Aufhebung der Milderung des § 12 des Reichsbeschaffengesetzes und neben den von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen empfohlen wird:

1. Der Erlass von Ausschreibungsverboten für deutsches Schlachtvieh, insbesondere Hammel.
2. Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze und Gleichstellung des dort geprüften ausländischen Fleisches mit dem inländischen.
3. Fortfall des Jolles für aus den deutschen Kolonien eingeführtes Fleisch.
4. Wettbewerbsfreie Eisenbahnfrachttariffestimmungen.

Im übrigen müsse erwartet werden, daß diese keinen Mittel zur Hebung der größten augenblicklichen Notstände durch Schöpfung der Fleischproduktion im Inlande, Schaffung von Vorratsgütern, Verabänderung ungesunder Nahrungsmittelzusammensetzungen usw. erreicht werden, um dadurch eine gesunde dauernde Lage herbeizuführen.

Dieser Beschluß soll dem Reichsanwalt unterbreitet werden mit der Bitte, zu veranlassen, daß die den größeren Städten in Aussicht gestellten Erleichterungen auch den kleineren zugute kommen. — Mitgeteilt wurde auch, daß der Vorstand am 12. Oktober eine Audienz beim Landwirtschaftsminister haben werde.

Vor der Preissteuerungsdebatte hatte der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß der Vorstand beschlossen habe, möglichst beschleunigte Schritte zu tun, um die schweren Gefahren zu beseitigen, die den öffentlichen Gewalten (Staaten und Gemeinden) wie dem gesunden Wettbewerb innerhalb der berechtigten Industrien und Landwirtschaftsgruppen von den großen Elektrizitätsfirmen beim Bau und Betrieb von Ueberlandzentralen drohen.

Reichsverbande deutscher Städte, eine Vereinigung der mittleren „nichtkreisfreien“ Städte, seine dritte Mitglieder-Versammlung ab. 513 Städte gehören dem Verbande an. Zunächst stand die Preissteuerung zur Beratung. Hierzu hatte der Vorstand einen Antrag ausgearbeitet, in dem er sich ebenso wie der Vorstand des Deutschen Städteverbandes über die Steuerungsfrage äußert, und in dem der Staatsregierung neben der vom Reichsverband des Deutschen Städteverbandes vorgeschlagenen Aufhebung der Milderung des § 12 des Reichsbeschaffengesetzes und neben den von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen empfohlen wird:

1. Der Erlass von Ausschreibungsverboten für deutsches Schlachtvieh, insbesondere Hammel.
2. Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze und Gleichstellung des dort geprüften ausländischen Fleisches mit dem inländischen.
3. Fortfall des Jolles für aus den deutschen Kolonien eingeführtes Fleisch.
4. Wettbewerbsfreie Eisenbahnfrachttariffestimmungen.

Im übrigen müsse erwartet werden, daß diese keinen Mittel zur Hebung der größten augenblicklichen Notstände durch Schöpfung der Fleischproduktion im Inlande, Schaffung von Vorratsgütern, Verabänderung ungesunder Nahrungsmittelzusammensetzungen usw. erreicht werden, um dadurch eine gesunde dauernde Lage herbeizuführen.

Dieser Beschluß soll dem Reichsanwalt unterbreitet werden mit der Bitte, zu veranlassen, daß die den größeren Städten in Aussicht gestellten Erleichterungen auch den kleineren zugute kommen. — Mitgeteilt wurde auch, daß der Vorstand am 12. Oktober eine Audienz beim Landwirtschaftsminister haben werde.

Vor der Preissteuerungsdebatte hatte der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß der Vorstand beschlossen habe, möglichst beschleunigte Schritte zu tun, um die schweren Gefahren zu beseitigen, die den öffentlichen Gewalten (Staaten und Gemeinden) wie dem gesunden Wettbewerb innerhalb der berechtigten Industrien und Landwirtschaftsgruppen von den großen Elektrizitätsfirmen beim Bau und Betrieb von Ueberlandzentralen drohen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Organisation des Kommunalverkehrs. Landrat Trübner aus Remont in Westpreußen berichtete über die geplante deutsche Kommunalverkehrsorganisation und zugleich als Zentralamt der Sparkassen zu dienen. Der Redner empfiehlt den Gemeinden die finanzielle Beteiligung an der deutschen Kommunalbahn. — Die von Reichsminister aufgestellten Beschlüsse wurden angenommen.

Bürgermeister Dr. W. v. L. in Eilenburg sprach dann über das Interesse der mittleren und kleineren Städte an Wanderversammlungen. Er hob hervor, daß in den Städten unter 50 000 Einwohnern die Theaterfrage sehr im argen liege und daß sich ihre Lösung auf dem vom Märktischen Wanderverbande und dem

Reichsverbande deutscher Städte, eine Vereinigung der mittleren „nichtkreisfreien“ Städte, seine dritte Mitglieder-Versammlung ab. 513 Städte gehören dem Verbande an. Zunächst stand die Preissteuerung zur Beratung. Hierzu hatte der Vorstand einen Antrag ausgearbeitet, in dem er sich ebenso wie der Vorstand des Deutschen Städteverbandes über die Steuerungsfrage äußert, und in dem der Staatsregierung neben der vom Reichsverband des Deutschen Städteverbandes vorgeschlagenen Aufhebung der Milderung des § 12 des Reichsbeschaffengesetzes und neben den von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen empfohlen wird:

1. Der Erlass von Ausschreibungsverboten für deutsches Schlachtvieh, insbesondere Hammel.
2. Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze und Gleichstellung des dort geprüften ausländischen Fleisches mit dem inländischen.
3. Fortfall des Jolles für aus den deutschen Kolonien eingeführtes Fleisch.
4. Wettbewerbsfreie Eisenbahnfrachttariffestimmungen.

Im übrigen müsse erwartet werden, daß diese keinen Mittel zur Hebung der größten augenblicklichen Notstände durch Schöpfung der Fleischproduktion im Inlande, Schaffung von Vorratsgütern, Verabänderung ungesunder Nahrungsmittelzusammensetzungen usw. erreicht werden, um dadurch eine gesunde dauernde Lage herbeizuführen.

Dieser Beschluß soll dem Reichsanwalt unterbreitet werden mit der Bitte, zu veranlassen, daß die den größeren Städten in Aussicht gestellten Erleichterungen auch den kleineren zugute kommen. — Mitgeteilt wurde auch, daß der Vorstand am 12. Oktober eine Audienz beim Landwirtschaftsminister haben werde.

Vor der Preissteuerungsdebatte hatte der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß der Vorstand beschlossen habe, möglichst beschleunigte Schritte zu tun, um die schweren Gefahren zu beseitigen, die den öffentlichen Gewalten (Staaten und Gemeinden) wie dem gesunden Wettbewerb innerhalb der berechtigten Industrien und Landwirtschaftsgruppen von den großen Elektrizitätsfirmen beim Bau und Betrieb von Ueberlandzentralen drohen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Organisation des Kommunalverkehrs. Landrat Trübner aus Remont in Westpreußen berichtete über die geplante deutsche Kommunalverkehrsorganisation und zugleich als Zentralamt der Sparkassen zu dienen. Der Redner empfiehlt den Gemeinden die finanzielle Beteiligung an der deutschen Kommunalbahn. — Die von Reichsminister aufgestellten Beschlüsse wurden angenommen.

Bürgermeister Dr. W. v. L. in Eilenburg sprach dann über das Interesse der mittleren und kleineren Städte an Wanderversammlungen. Er hob hervor, daß in den Städten unter 50 000 Einwohnern die Theaterfrage sehr im argen liege und daß sich ihre Lösung auf dem vom Märktischen Wanderverbande und dem

Reichsverbande deutscher Städte, eine Vereinigung der mittleren „nichtkreisfreien“ Städte, seine dritte Mitglieder-Versammlung ab. 513 Städte gehören dem Verbande an. Zunächst stand die Preissteuerung zur Beratung. Hierzu hatte der Vorstand einen Antrag ausgearbeitet, in dem er sich ebenso wie der Vorstand des Deutschen Städteverbandes über die Steuerungsfrage äußert, und in dem der Staatsregierung neben der vom Reichsverband des Deutschen Städteverbandes vorgeschlagenen Aufhebung der Milderung des § 12 des Reichsbeschaffengesetzes und neben den von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen empfohlen wird:

1. Der Erlass von Ausschreibungsverboten für deutsches Schlachtvieh, insbesondere Hammel.
2. Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze und Gleichstellung des dort geprüften ausländischen Fleisches mit dem inländischen.
3. Fortfall des Jolles für aus den deutschen Kolonien eingeführtes Fleisch.
4. Wettbewerbsfreie Eisenbahnfrachttariffestimmungen.

Im übrigen müsse erwartet werden, daß diese keinen Mittel zur Hebung der größten augenblicklichen Notstände durch Schöpfung der Fleischproduktion im Inlande, Schaffung von Vorratsgütern, Verabänderung ungesunder Nahrungsmittelzusammensetzungen usw. erreicht werden, um dadurch eine gesunde dauernde Lage herbeizuführen.

Dieser Beschluß soll dem Reichsanwalt unterbreitet werden mit der Bitte, zu veranlassen, daß die den größeren Städten in Aussicht gestellten Erleichterungen auch den kleineren zugute kommen. — Mitgeteilt wurde auch, daß der Vorstand am 12. Oktober eine Audienz beim Landwirtschaftsminister haben werde.

Vor der Preissteuerungsdebatte hatte der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß der Vorstand beschlossen habe, möglichst beschleunigte Schritte zu tun, um die schweren Gefahren zu beseitigen, die den öffentlichen Gewalten (Staaten und Gemeinden) wie dem gesunden Wettbewerb innerhalb der berechtigten Industrien und Landwirtschaftsgruppen von den großen Elektrizitätsfirmen beim Bau und Betrieb von Ueberlandzentralen drohen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Organisation des Kommunalverkehrs. Landrat Trübner aus Remont in Westpreußen berichtete über die geplante deutsche Kommunalverkehrsorganisation und zugleich als Zentralamt der Sparkassen zu dienen. Der Redner empfiehlt den Gemeinden die finanzielle Beteiligung an der deutschen Kommunalbahn. — Die von Reichsminister aufgestellten Beschlüsse wurden angenommen.

Bürgermeister Dr. W. v. L. in Eilenburg sprach dann über das Interesse der mittleren und kleineren Städte an Wanderversammlungen. Er hob hervor, daß in den Städten unter 50 000 Einwohnern die Theaterfrage sehr im argen liege und daß sich ihre Lösung auf dem vom Märktischen Wanderverbande und dem

Reichsverbande deutscher Städte, eine Vereinigung der mittleren „nichtkreisfreien“ Städte, seine dritte Mitglieder-Versammlung ab. 513 Städte gehören dem Verbande an. Zunächst stand die Preissteuerung zur Beratung. Hierzu hatte der Vorstand einen Antrag ausgearbeitet, in dem er sich ebenso wie der Vorstand des Deutschen Städteverbandes über die Steuerungsfrage äußert, und in dem der Staatsregierung neben der vom Reichsverband des Deutschen Städteverbandes vorgeschlagenen Aufhebung der Milderung des § 12 des Reichsbeschaffengesetzes und neben den von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen empfohlen wird:

1. Der Erlass von Ausschreibungsverboten für deutsches Schlachtvieh, insbesondere Hammel.
2. Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze und Gleichstellung des dort geprüften ausländischen Fleisches mit dem inländischen.
3. Fortfall des Jolles für aus den deutschen Kolonien eingeführtes Fleisch.
4. Wettbewerbsfreie Eisenbahnfrachttariffestimmungen.

Im übrigen müsse erwartet werden, daß diese keinen Mittel zur Hebung der größten augenblicklichen Notstände durch Schöpfung der Fleischproduktion im Inlande, Schaffung von Vorratsgütern, Verabänderung ungesunder Nahrungsmittelzusammensetzungen usw. erreicht werden, um dadurch eine gesunde dauernde Lage herbeizuführen.

Dieser Beschluß soll dem Reichsanwalt unterbreitet werden mit der Bitte, zu veranlassen, daß die den größeren Städten in Aussicht gestellten Erleichterungen auch den kleineren zugute kommen. — Mitgeteilt wurde auch, daß der Vorstand am 12. Oktober eine Audienz beim Landwirtschaftsminister haben werde.

Vor der Preissteuerungsdebatte hatte der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß der Vorstand beschlossen habe, möglichst beschleunigte Schritte zu tun, um die schweren Gefahren zu beseitigen, die den öffentlichen Gewalten (Staaten und Gemeinden) wie dem gesunden Wettbewerb innerhalb der berechtigten Industrien und Landwirtschaftsgruppen von den großen Elektrizitätsfirmen beim Bau und Betrieb von Ueberlandzentralen drohen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Organisation des Kommunalverkehrs. Landrat Trübner aus Remont in Westpreußen berichtete über die geplante deutsche Kommunalverkehrsorganisation und zugleich als Zentralamt der Sparkassen zu dienen. Der Redner empfiehlt den Gemeinden die finanzielle Beteiligung an der deutschen Kommunalbahn. — Die von Reichsminister aufgestellten Beschlüsse wurden angenommen.

**Eingegangene Bücher und Zeitschriften.**

(Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Der Kapitalismus im Altertum.** Studien über die römische Wirtschaftsgeschichte von Josef Sotgioli, Professor an der Universität Neapel. Nach dem Französischen übersetzt von Karl Raustsch jun. Mit einem Vorwort von Karl Raustsch. Preis broschiert 2,50 M., geb. 3 M.

Aus dem Inhalt seien hier hervorgehoben: Die Anfänge des Kapitalismus. — Das mobile Kapital. — Der Großgrundbesitz. — Das kleine Grundeigentum. — Die Güterproduktion. — Die landwirtschaftliche Produktion. — Der Kapitalismus. — Die Wirtschaftsverfassung. — Der wirtschaftliche Zusammenbruch. — Die Wirtschaft des Altertums.

Kaustsch jun., der auch die Vorreden durchgesehen hat, schreibt im Vorwort über das Buch u. a. folgendes: „Wohl ist es ein gelehrtes Werk, aber so anschaulich und leichtverständlich geschrieben, daß man durchaus keine Fachkenntnis bedarf, um es zu verstehen. In der deutschen Ausgabe ist die Allgemeinverständlichkeit und leichte Lesbarkeit noch erhöht dadurch, daß der gelehrte Apparat aus dem Text entfernt und dem Wert als Anfang beigegeben wurde, wo ihn jene finden, die den Gegenstand weiter verfolgen wollen. Außerdem wurde allen fremdsprachigen Ausdrücken und Zitaten im Text, soweit ihre Wiederholung in der Ursprache notwendig erschien, die deutsche Uebersetzung hinzugefügt.“

Der 61. Jahrgang des **Badischen Geschäftskalenders** für 1913 (Verlag von Moritz Schönbauer in Bad. in Baden) ist soeben erschienen. Anlässlich seines Eintritts in das siebte Jahrzehnt

hat der Kalender ein recht geschmackvolles, von Künstlerhand geschaffenes neues Kleid erhalten. Dem Titelblatt gegenüber finden wir die Bildnisse der badischen Minister. Wenn auch der neue Jahrgang sonst den früheren gleich, so stößt man bei genauerer Durchsicht doch an zahlreichen Stellen auf sehr zweckmäßige und wertvolle Inhaltsveränderungen, von denen z. B. der neue Geschäftskalender für die groß. bad. Amtsgerichte gewiß vielen Beamten recht willkommen sein wird. Das Personenverzeichnis ist bis kurz vor Erscheinen des Kalenders ergänzt; es sind also auch die zahlreichen, im September noch bekannt gewordenen Verziehungen und Ernennungen in diesem Kalender berücksichtigt. Als Originalbeitrag enthält der Kalender einen Aufsatz über „Die Elektrizität in Baden“, der um so mehr interessiert, als eine ähnliche Veröffentlichung in Baden nicht vorhanden ist. Dann liegt auch wieder eine weitere neue Karte von Baden bei, die vierte aus dem im Entstehen begriffenen, auf wirtschaftlicher und politischer Grundlage aufgebauten badischen Kartenwerke, die eine in farbiger Wiederholung ausgeführte Darstellung des Wahlausfalls der jüngsten badischen Reichstagswahlen von 1912 zeigt. Auf der Rückseite befindet sich eine äußerst übersichtliche vergleichende Statistik der Wahlergebnisse von 1912 und 1907. Diese Ausgestaltung des Badischen Geschäftskalenders macht dessen Benutzung als Nachschlagewerk für immer weitere Kreise empfehlenswert und bietet namentlich auch der Geschäftswelt, vom Großkaufmann bis zum kleinen Handwerker, für die heutige unerschöpfliche Kasse und Geschäftsempfehlung ein wertvolles Adressenmaterial, so daß die kleine Ausgabe von 1,80 M. und 20 Pf. für Porto sehr häufig gute Zinsen trägt. Wer also für einen solchen Kalender Verwendung hat, der verlange in einer Buchhandlung oder neuem 61. Jahrgang.

Reichsverbande deutscher Städte, eine Vereinigung der mittleren „nichtkreisfreien“ Städte, seine dritte Mitglieder-Versammlung ab. 513 Städte gehören dem Verbande an. Zunächst stand die Preissteuerung zur Beratung. Hierzu hatte der Vorstand einen Antrag ausgearbeitet, in dem er sich ebenso wie der Vorstand des Deutschen Städteverbandes über die Steuerungsfrage äußert, und in dem der Staatsregierung neben der vom Reichsverband des Deutschen Städteverbandes vorgeschlagenen Aufhebung der Milderung des § 12 des Reichsbeschaffengesetzes und neben den von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen empfohlen wird:

1. Der Erlass von Ausschreibungsverboten für deutsches Schlachtvieh, insbesondere Hammel.
2. Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze und Gleichstellung des dort geprüften ausländischen Fleisches mit dem inländischen.
3. Fortfall des Jolles für aus den deutschen Kolonien eingeführtes Fleisch.
4. Wettbewerbsfreie Eisenbahnfrachttariffestimmungen.

Im übrigen müsse erwartet werden, daß diese keinen Mittel zur Hebung der größten augenblicklichen Notstände durch Schöpfung der Fleischproduktion im Inlande, Schaffung von Vorratsgütern, Verabänderung ungesunder Nahrungsmittelzusammensetzungen usw. erreicht werden, um dadurch eine gesunde dauernde Lage herbeizuführen.

Dieser Beschluß soll dem Reichsanwalt unterbreitet werden mit der Bitte, zu veranlassen, daß die den größeren Städten in Aussicht gestellten Erleichterungen auch den kleineren zugute kommen. — Mitgeteilt wurde auch, daß der Vorstand am 12. Oktober eine Audienz beim Landwirtschaftsminister haben werde.

Vor der Preissteuerungsdebatte hatte der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß der Vorstand beschlossen habe, möglichst beschleunigte Schritte zu tun, um die schweren Gefahren zu beseitigen, die den öffentlichen Gewalten (Staaten und Gemeinden) wie dem gesunden Wettbewerb innerhalb der berechtigten Industrien und Landwirtschaftsgruppen von den großen Elektrizitätsfirmen beim Bau und Betrieb von Ueberlandzentralen drohen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Organisation des Kommunalverkehrs. Landrat Trübner aus Remont in Westpreußen berichtete über die geplante deutsche Kommunalverkehrsorganisation und zugleich als Zentralamt der Sparkassen zu dienen. Der Redner empfiehlt den Gemeinden die finanzielle Beteiligung an der deutschen Kommunalbahn. — Die von Reichsminister aufgestellten Beschlüsse wurden angenommen.

Bürgermeister Dr. W. v. L. in Eilenburg sprach dann über das Interesse der mittleren und kleineren Städte an Wanderversammlungen. Er hob hervor, daß in den Städten unter 50 000 Einwohnern die Theaterfrage sehr im argen liege und daß sich ihre Lösung auf dem vom Märktischen Wanderverbande und dem

Reichsverbande deutscher Städte, eine Vereinigung der mittleren „nichtkreisfreien“ Städte, seine dritte Mitglieder-Versammlung ab. 513 Städte gehören dem Verbande an. Zunächst stand die Preissteuerung zur Beratung. Hierzu hatte der Vorstand einen Antrag ausgearbeitet, in dem er sich ebenso wie der Vorstand des Deutschen Städteverbandes über die Steuerungsfrage äußert, und in dem der Staatsregierung



**Hforheim, 13. Okt.** Wegen Beleidigung des Generals v. Liebert und der übrigen 11 Mitglieder des Hauptvorstandes des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie verurteilte das hiesige Schöffengericht den Redakteur Gen. Schübelin von der „Hforheimer Freien Presse“ zu einer Geldstrafe von 25 Mk. In der Nummer vom 28. Oktober vor. Jz. hatte Schübelin den Verband und den General, welcher am 29. Oktober hier sprach, scharf kritisiert, dem Angeeschuldigten wurde aber der Schutz des § 193 zugebilligt und dabei in Betracht gezogen, daß der Reichsverband die Sozialdemokratie auch nicht glimpflich behandelt. In dessen mußte Strafe eintreten, weil die gewählten Worte über das erlaubte Maß hinausgingen.

### Aus dem Lande.

#### Offenburg.

**Fleischsteuerung.** Zur Prüfung der Frage, ob sich ein Versuch, frisches Fleisch von argentinischen Schlachtieren oder Geflügelfleisch aus der Schweiz einzuführen, empfiehlt, soll eine Deputation, bestehend aus den Herren Stadtrat Monstsch, Schlachthofdirektor Haas und einem der hiesigen Metzgermeister, nach Basel entsendet werden.

**Badstube im Knabenschulhaus.** Laut Bekanntmachung sind vier Bäder eingerichtet, was schon lange als ein Bedürfnis empfunden wurde. Die Lage für ein Bäderbad beträgt 25 Pf., während in den anderen Bädern 40 Pf. verlangt werden. Das Bad kann an Mittwoch- und Samstag-Nachmittagen benutzt werden, was besonders in Arbeiterkreisen sehr begrüßt werden dürfte.

**Die Krankenhausreinigung,** die am Dienstag vor sich geht, wird zu einem pompösen Auffertigen Akt werden und den Stadtsäckel um einige Tausend Reichsmärker leichter machen. Zweifellos hätte man für die Umlagegrößen vieles andere machen können, was nötiger gewesen wäre, als der Aufspuh für diese Feier, die nur aus Anlaß des Besuchs der Großherzoglichen Herrschaften inszeniert wurde. Infolge Krankheit des Großherzogs wird jedoch nur die Gemahlin desselben kommen. Schon tagelang sind die städtischen Messias und Arbeiter mit der Aufschlingung und Zierung der Stadt beschäftigt, was große Ausgaben erfordert. Und das alles wegen eines einzigen Tages und einer Persönlichkeit.

**Im Krankenhaus** wird jetzt die „Fertigstellung“ mit fieberhafter Tätigkeit betrieben. Der Einzug der Kranken dürfte aber erst im Dezember erfolgen. Wenn man von seiten des Stadtrats und Bauleitung nur mit der halben Energie wie jetzt gearbeitet hätte, wäre das Krankenschul schon längst fertiggestellt. Wie man uns mitteilt, wird jetzt so manches Unfertige provisorisch hergerichtet und nach dem Einweihungspomp erst richtig fertiggestellt. Dabei würden hunderte von Mark zum Fenster hinausgeworfen, worüber aber unsere Durchschnittsgehälter vom Bierstisch kein Wort des Tadels finden. Die Straßen, durch welche die Großherzogin fahren wird, werden neu ausgebaut, wobei man an andere Straßen, die in gleich liegenderem Zustande sind, nicht denkt.

**Das Herbsttragnis** der St. Andreas-Hospital-Neben wird auf 240 Fuhrt geschätzt, was einem Ertragnis von 100 Fuhrt gleichkommt. Elbling wog 70 bis 72, Weißherbst 75 bis 82 nach Oechsle.

**Eine Krankenhausbesichtigung** unter sachmännlicher Leitung werden am Sonntag, 20. Oktober, die freien Gewerkschaften vornehmen. Näheres wird noch bekannt gegeben.

**Knielingen, 13. Okt.** Gestern Abend fand hier eine größere Uebung der hiesigen freiwilligen Sanitätskolonne unter Weizung der Kolonnen von Mühlburg (mit Daglanden und Teufschneut) statt, zu welcher seitens des Verbandes der Vereine vom roten Kreuz Herr Hofapotheker Dr. Strohe-Karlsruhe erschienen war. Der Uebung lag die Idee eines größeren Bauunglücks (Einsturz des hiesigen neuen Schulhauses) zugrunde. Kurz nach 8 Uhr wurde die hiesige Kolonne alarmiert und ebenso die benachbarte Mühlburger Kolonne durch Alarmglocken herbeigerufen, welche mittelst eines als Sanitätsfahrzeug ausgerüsteten Lastautomobils in kurzer Zeit erschien; die Mannschaften von Teufschneut waren zu Fuß angekommen. Inzwischen hatte die hiesige Kolonne unter Leitung ihres Kolonnenführers Hauptlehrer Walch begonnen, die „Verletzten“ (16 Schüler des 8. Schuljahres) bei Fadel- und Laternenbeleuchtung aus den „Trümmern“ herauszuholen und zu verbinden. Auf einem angehängten Zettel war bei jedem die Verletzung angegeben. Es war interessant, wie die angeblich Verletzten mit Sorgfalt und Sachkenntnis transportiert wurden, wo sie in Waggons, die mit verschiedenen Krankentransportsystemen ausgerüstet waren, verladen wurden. Hierauf wurden diese wieder aus den Waggons ausgeladen und zur Kritik aufgestellt, die von den Herren Dr. Baumgartl (Mühlburger Kolonne) und Dr. Hemmerding (Kolonne Knielingen) abgehalten wurde. Bei derselben wurde den Leistungen der freiwilligen Sanitätler alle Anerkennung ausgesprochen und auch auf manches Verbesserung hingewiesen. Herr Dr. Strohe sprach noch den Dank für die Verbandsleitung aus. Hierauf begab man sich in das in einer Sandgrube hergerichtete Bivak, wo eine Erbsensuppe mit Würsten den „Verletzten“ und ihren Samaritern von einigen hiesigen Jungfrauen gereicht wurde.

Was diese Sanitätsübung auch für die Arbeiterschaft interessant machte, war die Idee eines Bauunglücks, was ja leider immer noch vorkommt. Die Sanitätler sollen nicht nur im Verbinde von Schutz- und Heilwunden für den Kriegsfall vorbereitet, sondern auch für alle Vorkommnisse, die auf dem Schlachtfelde der Arbeit sich ereignen, eingelebt werden, damit bei einem Unglücksfalle den armen Opfern die erste und manchmal wichtigste Hilfe von sachverständiger Hand gereicht werden kann. Wollen die freiwilligen Sanitätskolonnen mehr in diesem Sinne wirken, dann wird ihnen die Sympathie der Arbeiterschaft in noch höherem Maße als bisher zur Seite stehen.

**Ottenu, 12. Okt.** Heute nachmittag wurde in den Benzwerken Ottenu einem Arbeiter von einem Auto ein Fuß abgefahren. Es ist ein Wunder, daß solche Fälle nicht früher vorkamen, da von seiten der Chauffeure der Fabrikhof als Rennbahn benutzt wird.

**Mühlheim, 13. Okt.** Heute Abend 7 Uhr brach in der Großhandlung Wankenhorn Feuer aus, welches das umfangreiche Oekonomiewesen in Asche legte. Das Vieh konnte gerettet werden, während aber große Vorräte an Heu und Frucht verbrannten. Ebenso wurde durch das Feuer die Schreinererei mit wertvollen Maschinen, eine Drechselmaschine und ein angrenzender Schuppen mit Bauholzvorräten zerstört. Um 8 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt. Der Schaden ist beträchtlich, aber durch Versicherung gedeckt.

**Kautenbach (N. Achem), 13. Okt.** Vom Zug getötet. Der verbeiratete Bahnarbeiter Sig. Vöschert von hier wurde bei der Streckenkontrolle von einem Personenzug erfaßt und auf der Stelle getötet. Er war einige Augenblicke vorher einem Güterzuge ausgewichen und überließ dabei anstehend den auf dem anderen Gleise kommenden Personenzug. Der Maschinenführer bemerkte den Bahnarbeiter auf der Strecke und zog die Bremsen, aber es war bereits zu spät, die Maschine hatte den Unglücklichen über die Schienen geworfen und ihn getötet.

**oc. Madolfzell, 13. Okt.** Verhaftete Sacharin. In Madolfzell wurde verhaftete Sacharinsmuggler hier eingeliefert. In Singen kam mit dem Schnellzug D 175 ein Wagen von Ruzern an, bei welchem die Hofwände mit Sacharin angefüllt waren. Die Schmuggler hatten sich aus dem Staube gemacht.

**oc. Schopfheim, 13. Okt.** Verbrannt. In dem Dörfchen Bienen bei Zell i. B. wurde ein von drei Familien bewohntes Haus eingestürzt. Dabei fand der 70jährige Moriz Zimmermann, der sich nochmals in das brennende Haus begeben hatte, anscheinend um noch Gegenstände zu retten, in den Flammen seinen Tod. Auch die Fahrnisse und mehrere Stüd Vieh verbrannten. In dem gleichen Dörfchen verbrannten vor einigen Jahren 7 Personen, die sich infolge Herabstürzens eines brennenden Strohdaches nicht mehr zu retten vermochten.

**Wertheim, 13. Okt.** Die Hauptversammlung des Landesverbandes zur Hebung des Fremdenverkehrs fand Samstag und Sonntag hier statt und war aus allen Teilen des Landes sehr gut besucht. Der Präsident des Verbandes, Herr Stadtrat Oßertag-Karlsruhe, leitete die Verhandlungen in gewohnter meisterhafter Weise. Ueber das nähere wird aus der Feder des Herrn Oberstadtschreibers Weiler der Presse berichtet. Zum tiefsten Bedauern des Verbandes scheidet Herr Weiler aus Geschäftsrückichten aus seinem Schriftführeramt aus, das er mit gründlichster Sachkenntnis, Liebe und Opferwilligkeit seit Jahren vortrefflich versah. — Der Besuch, den Wertheim den Teilnehmern bot, war ein außerordentlich schöner und fröhlicher. Wertheim mit seiner malerischen Umgebung, seinen althistorischen Gebäuden, Gassen, Sehenswürdigkeiten und vor allem mit seiner Burgruine, die wohl außer Heidelberg die schönste im Lande Baden ist, dies Wertheim ist eine Perle Badens. Laufende Badener bereisen Europa und überseische Länder und haben dies interessante historische Schmuckstück Wertheim nicht gesehen. Wir empfehlen, diese Verfündigung bald gutzumachen.

### Aus der Stadt.

#### Karlsruhe, 14. Okt.

##### Ein rechtsliberaler Heher.

Der bekannte Karlsruher „Merkur“-Korrespondent benützt einen Artikel unseres Blattes, in welchem die Nadelstichpolitik des Kultusministers Dr. Böhm gegenüber den Arbeitergesang- und Turnvereinen entsprechende Würdigung erfuhr, dazu, um die Karlsruher Stadtverwaltung gegen die Arbeiterjäger scharf zu machen. Er schreibt:

„Es ist leider nur zu wahr, daß die sozialdem. Geheeren jedem, der nicht auf die Parteibogen eingeschoren ist, die Freunde an den Arbeitervereinigungen turnerischer und sängerischer Art vergällen müssen. Wäre das nicht, stünden die Mitglieder der Arbeiterturn- und Gesangsvereine auf bayerischem Boden, so würde sich jedermann ihrer Erfolge freuen und sich auch gerne an ihren Festen beteiligen. Daran, daß dies nicht möglich ist, trägt einzig und allein die Sozialdemokratie die Schuld, die sich jetzt so schon in das Mantelchen der Verjöhnung und des Ausgleiches drapieren möchte! Diese Verjöhnung wird sich bekätigen, wenn kommende Pfingsten das 7. Arbeiterbundesfest in Karlsruhe stattfindet. Die Stadtverwaltung wird den Sängern eine Reihe von Vergünstigungen gewähren, aber wie schade ist es, daß viele arbeiterfreundliche Gefühle nicht ungetrübt in solchem Veranlassungen gegenüberstehen!“

Es erübrigt sich, mit einem Manne, welcher sich, wie in vorliegendem Falle, mit einer beispiellosen Strupellosigkeit über die Tatsachen hinwegsetzt und aus „eins drei macht“, zu diskutieren, der Zweck seiner traurigen Uebung ist ja klar: „Die Stadtverwaltung soll dem 7. Arbeiterbundesfest jedes Untergang kommen verjagen“. Das ist der Wunsch des Herrn Ammon, mit heuchlerisch-patriotischem Mantelchen drapiert. Es ist natürlich nicht anzunehmen, daß die Karlsruher Stadtverwaltung sich auf Vorschlag des Herrn Ammon vor dem ganzen Lande blamieren wird.

##### Der Sängerbund „Vorwärts“

veranstaltet am kommenden Samstag, 19. Oktober, abends halb 9 Uhr im großen Saale der Festhalle zur Feier seines 23. Stiftungsfestes ein Konzert, welchem ein ausgezeichnetes Programm zugrunde liegt. Bei den bekannt guten Leistungen der „Vorwärts“-Sänger ist ein erstklassiger Kunstgenuß zu erwarten und darf als sicher angenommen werden, daß die Veranstaltung ein volles Haus finden wird, zumal zur Mitwirkung Hr. Martha Steinmann (Sängerin), Herr Franz Schwärzler, Kapellensänger aus Stuttgart (Tenor) und der Dirigent des „Vorwärts“, Herr Willy Eißler (Violoncello) gewonnen wurden.

##### Ausläufer, Hausdiener und Sonntagbrühe.

Die auf Samstag Abend in die „Alte Brauerei Bischoff“ anberaumte Versammlung, welche sich mit der Sonntagbrühe der Hausdiener und Ausläufer beschäftigte, war sehr schlecht besucht. Mit diesem indifferenten Verhalten haben also die in Betracht kommenden Arbeiter in der Mehrheit bekundet, daß sie an einer Verbesserung ihrer Stellung, vor allem an der Sonntagbrühe, kein Interesse haben. Nicht einmal die in den Warenhäusern Knopf und Tieb Beschäftigten sind erschienen, obwohl hier feststeht, daß ihnen von den Geschäftseleitungen wegen ihrer Organisationsunfähigkeit nichts in den Weg gelegt wird. Betrachtet man die Lage der Hausdiener und Ausläufer — schlechte Entlohnung, überlange Arbeitszeit usw. —, so ist es wirklich unbegreiflich, daß diese Arbeiterkategorie von der Organisation nichts wissen will. Wir erlauben die organisierte Arbeiterschaft, die Ausläufer, Hausdiener, Rader usw., auf ihre Organisation, den Deutschen Transportarbeiterverband, aufmerksam zu machen, damit auch hier Versicherung eintritt und daß diese Arbeiter erkennen, daß nicht Schimpfen am Bierisch usw. ihre Lage verbessert, sondern daß nur die Organisation hier Abhilfe schaffen kann.

##### Arbeiter-Frauenchor.

In dem Generalversammlungsbericht des Arbeiter-Frauen-Chors vom Samstag ist in der Drucker ein Fehler entstanden. Es muß bei der Vorstandswahl heißen: 1. Vorsitzende Genossin Schwärzler, 2. Vorsitzende Genossin Klein, Kassiererin Genossin Wächter, Schriftführerin Genossin Krieger, Bibliothekarin Genossin Gruber, Beisitzende die Genossinnen Linigshäuser und Bröckl, Sängerrinnenkassiererin Genossin Jod.

##### Die Sterblichkeit in den deutschen Großstädten während des Monats August 1912.

Einer Zusammenstellung des Statistischen Amtes der Stadt Köln entnehmen wir, daß von den 10 567 000 Einwohnern der 43 Städte, die sich an der Statistik beteiligen, im Monat August 12 365 Personen gestorben sind, das sind von je 1000 Einwohnern aufs Jahr berechnet) 13,78 gegen 14,15 im Juli 1912 und 23,22 im August 1911. Die Sterblichkeit war also im Monat August recht gering und zwar hauptsächlich deshalb, weil infolge der durchweg feuchtkühlen Witterung die sonst im Monat August beobachtete starke Steigerung der Kindersterblichkeit fast ganz ausblieb. Im August d. J. starben im 1. Lebensjahr 4,85 Proz., aller Einwohner (im August d. J. dagegen 11,05 Prozent). Verhältnismäßig noch günstiger waren die Verhältnisse in Karlsruhe, das mit seiner allgemeinen Sterblich-

keitsziffer von 12,79 Proz. unter den 43 Städten an 16. Stelle steht. Von anderen Städten hatten z. B. Freiburg i. B. 15,04, Mannheim 14,67, Stuttgart 13,89, Straßburg 13,62, München 13,02, Wiesbaden 13,01, Frankfurt a. M. 11,36 und Dresden 11,05 Gestorbene auf je 1000 Einwohner aufzuweisen.

##### „Das Groß. Bezirksamt, Bahnverwaltung, Schuhmannschaft und Radfahrer.“

Unter dieser Spitzmarke veröffentlichten wir in Nr. 258 unseres Blattes eine Beschwerde. Das Bezirksamt schreibt uns hierzu:

Nach Maßgabe des § 127 des Bad. Einführungsgegesetzes zu den Reichsjustizgesetzen werden Anzeigen wegen bahnpolizeilicher Uebertretungen von der Polizeibehörde nach Prüfung auf ihre formelle Richtigkeit an die Staatsanwaltschaft abgegeben, die dann ihrerseits einen Strafbescheid bei dem Amtsgericht beantragt. Soweit der Artikel, der eine genauere Bezeichnung der Täter und der strafbaren Tatbestände nicht enthält, eine genügende Aufklärung gibt, kann es sich also in den vorliegenden Fällen nur um amtsgerichtliche Strafbefehle handeln.“

**Berein Arbeiterpresse und Unterstütsungs-Vereinigungen.** Wir machen unsere Mitglieder nochmals auf die heute Abend bei Genosse Schaufelberger stattfindende Mitglieder-Versammlung aufmerksam und erwarten einen zahlreichen Besuch.

**Defestlicher Vortrag.** Der Kaufmännische Verein veranstaltet am Mittwoch, 16. Oktober, im großen Saale der Gesellschaft „Eintracht“ einen öffentlichen Vortrag mit dem Thema „Moderne Inzenerierungskunst“. Referent ist Herr Dr. Walter Bloem, Dramaturg des Hoftheaters Stuttgart. Der Vortrag ist mit Lichtbildern verbunden.

**Viechekauf.** Das im Auftrag der Stadt in Hofland eingekaufte Schlachtvieh (150 Stück Schlachtrinder) ist am Freitag hier eingetroffen.

**Der bisherige Verband der Brauereien von Karlsruhe und Umgebung (e. B.)** hat sich seit 1. Oktober in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma Mittelbadischer Brauereiverband, G. m. b. H., mit dem Sitz in Karlsruhe umgewandelt. Geschäftsführer ist Syndikus Rechtsanwalt Dr. Düber.

**Bestrafter Kautionschwindler.** Die hiesige Strafkammer verurteilte den früheren Anstreicher und Hausburischen, jetzigen Kaufmann Friedrich Wilhelm Fillingner aus Ransbach, hier wohnhaft, wegen zahlreicher Kautions- und Provisionschwindelverbrechen, sowie wegen Urkundenfälschung unter Anrechnung von 9 Monaten Untersuchungshaft zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

**Ueberfahren und getötet** wurde am 12. d. Mts., nachmittags gegen 3 Uhr, das 3jährige Söhnchen eines in der Körnerstraße wohnenden Schneiders von einem mit Eis beladenen Lastwagen einer hiesigen Brauerei. Eine Untersuchung darüber, ob ein Verschulden seitens des Fuhrmanns vorliegt, ist eingeleitet.

##### Vergnügungen und Unterhaltungen.

**Rudolf Herzog-Vortragabend.** Der durch seine Erfolge bekannte heimische Dichter Rudolf Herzog leitete am Freitag Abend die von der Hofmusikalienhandlung Hugo C u n z veranstalteten vier Dichterabende ein. Rudolf Herzog, dessen Romane vor allem ihm einen Namen schufen, ist dem hiesigen Publikum von seinen früheren Vorträgen im kaufmännischen Verein bekannt. Er sprach über Lebensbejahung und eigene Dichtung, dergestalt, daß er von seinem künstlerischen Lebens- und Entwicklungsgang die Entstehung und den tieferen Gehalt seiner Romane erklärte. So die Jugenderlebnisse (die vom Kinderheim), dann seine Frankfurter Zeit, in der er viel in musikalischen Kreisen verkehrte (das Lebenslied). Und weiter ging der Dichter, wie er das Volk bei der Arbeit aufsuchte und hier seinen besten Roman, die „Bislotens“, schuf. Man führte ihn sein Weg nach Hamburg, wo die „Sausanten“ entstanden, von da auf die Burg im Rhein, wo sich der Dichter einen prächtigen Herrenitz errichtete, von dem die „Burglinder“ in die weit Welt hinausgingen, ein Erzählungsroman, der, vielleicht weniger kraftvoll, die blühende Sprache Herzogs atmet. Mit einem Gedicht „Ein Sterben gibt“ beschloß Rudolf Herzog; die zahlreich erschienene Zuhörerschaft bereitete dem Dichter eine herzliche Aufnahme.

**Im Gr. Hoftheater** geht am Samstag, 19. Oktober, Rudolf Herzogs neues Lustspiel „Herrgottsmusikanten“ zum erstmaligen hier in Szene. — Am Sonntag, 20. Oktober, werden die „Reisterfinger“ in zum Teil neuer Besetzung gegeben werden. **Arbeiter-Diskussionsklub.** Am Dienstag, 15. Oktober, abends halb 9 Uhr, beginnen im Reformrestaurant (Raiserstraße 56) die dieswinterrlichen Vortragsabende. Der erste Vortrag ist dem Thema: „Kunst und Werkame“ gewidmet, worüber der Kunsthistoriker und Kunstmaler G e h r i g an der Hand eines reichen Demonstrationmaterials sprechen wird. Zu dem interessanten Abende haben Mitglieder freien Zutritt; der Eintrittspreis beträgt für Nichtmitglieder aus dem Arbeiterstande 10, für Sonntage 30 Pfg. Bemerk sei noch, daß im Vortragsaal kein Wirtschaftsbetrieb stattfindet.

**Fußballsport.** Das Pokalspiel zwischen Mitteldeutschland und Süddeutschland endete für die Süddeutschen mit 3:1 Toren. — Das einzige Ligaspiel „Union“ Stuttgart gegen Pforzheim gewonnen die Stuttgarter mit 3:1 Toren. — Da beide Mannschaften Spieler zum Pokalspiel abgeben mußten, einigten sich die Freiburger und „Wölnitz“ zu einem Pokalspiel, das „Wölnitz“ mit 3:1 Toren für sich entschied. — In der A-Klasse gewonnen die Mühlburger über Straßburg mit 2:1 Toren, während die Beierthheimer gegen „Frantonia“ mit 2:1 Toren unterlagen.

### Der italienisch-türkische Krieg.

#### Die gefährdeten Friedensverhandlungen.

**Rom, 12. Okt.** Die Abendblätter enthalten sich bezüglich der Friedensfrage jeglicher Voraussage. Zur Stunde ist über die Entscheidung, ob Friede oder Krieg, nichts bekannt, obwohl die Antwort der Türkei, wie gesagt wird, schon in den Nachmittagsstunden eingelaufen ist. Die Stimmung in politischen Kreisen neigt jetzt wieder mehr zu Optimismus. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Türkei ihre Forderungen vorläufig zurückzieht.

#### Ein italienisches Ultimatum.

**Paris, 13. Okt.** Der italienische Volkskammer T i k o n i hatte im Laufe des Nachmittags und Abends drei Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten Poincaré, die sich auf die Friedensverhandlungen mit der Türkei bezogen. Die Türkei will von den in der Schweiz vereinbarten Bedingungen einen Teil sofort annehmen, macht jedoch die Annahme der übrigen Bedingungen von der Zustimmung des türkischen Parlaments abhängig.

Die italienische Regierung hat daraufhin der Türkei ein Ultimatum gestellt, dahingehend, die sämtlichen vereinbarten Bedingungen ohne Ausnahme bis zum nächsten Dienstag, den 15. Oktober, anzunehmen oder abzulehnen.

#### Vereinsanzeigen.

**Durlach.** (Bildungsvereins.) Heute Montag, 14. Oktober, findet im „Lorenbau“ abends 8 Uhr eine monatliche Sitzung statt. Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.



# Der Balkan-Krieg.

### Von den Kämpfen der Montenegriner.

Salonik, 13. Okt. Nach hier vorliegenden Meldungen gestalten sich die Kämpfe um Verane sehr heftig. Die Montenegriner erzielten trotz wiederholter Angriffe angesichts der Todesverachtung, mit der die türkischen Truppen und die albanischen Freiwilligen kämpften, keine Erfolge und mußten unter schweren Verlusten wieder zurückgehen. Die Kampfzone erstreckt sich bis Hjelopolje, wo den ganzen Tag heftige Gefechte stattfanden.

Rodgorica, 13. Okt. Die Nordarmee ist nach Einnahme von Mofkowaß gegen Verane vorgerückt. Im hiesigen Spital liegen 310 Verwundete. Ein neuer Trupp Kriegsgefangene von 28 Mann ist hier eingetroffen.

Rodgorica, 13. Okt. Die montenegrinische Nordarmee hat gestern unter General Mikotitsch die Stadt Hjelopolje in Albanien eingenommen. Der Kampf dauerte bis 4 Uhr nachmittags. Als die Truppen in die Stadt einzogen, begrüßten die serbischen Einwohner die Montenegriner mit Jubel als Befreier vom 500jährigen türkischen Joch. In der serbischen Kirche wurde sofort ein Dankgottesdienst zelebriert. Provisorische montenegrinische Behörden wurden eingesetzt.

### Bandenkämpfe.

Salonik, 12. Okt. Die andauernden Bemühungen griechischer Banden, die Grenze in der Gegend von Disakata zu überschreiten, sind nach mehreren kurzen Gefechten vereitelt worden. Auf der Bahnstrecke Salonik-Amatow verübten Bulgaren einen Militärschlag in die Luft zu sprengen. Die Bahnwache entdeckte rechtzeitig die Vorbereitungen hierfür und entfernte zwei Dynamitbomben von den Gleisen. Bei der Requirierung von Pferden und Lasttieren entstand zwischen griechischen Bewohnern der Ortschaft Polygrios und türkischen Soldaten eine blutige Schlägerei, bei der zwei Soldaten getötet wurden. Militär stellte die Ordnung wieder her.

### Ein Dementi des österreichischen Kriegsministers.

Wien, 12. Okt. Während der heutigen Sitzung des

Seereschusses der österreichischen Delegation machte der Ministerpräsident Graf Stürgkh den Kriegsminister Aussenberg auf das Gerücht über eine teilweise Mobilisierung aufmerksam. Der Kriegsminister entgegnete: Es ist kein wahres Wort daran, es ist gar nichts geschehen. Es ist in der ganzen Monarchie kein Mann einberufen worden.

### Die Note der Verbündeten.

Sofia, 12. Okt. Die morgen zu überreichende Note wird auch positive Reformforderungen in bereits mitgeteiltem Sinne enthalten und zugleich ein befristetes Ultimatum. Die verbündeten Regierungen wollen die durch das Völkerrecht und die Courttoisie vorgeschriebenen Formen auf der ganzen Linie wahren.

### Die Truppenbewegungen.

Sofia, 13. Okt. Serbische Truppen führen durch Sofia mit unbekannter Bestimmung. Sie wurden von der Bevölkerung stürmisch akklamiert.

### Sozialistische Proteste.

Brüssel, 12. Okt. Das Internationale sozialistische Bureau veröffentlicht einen Protest gegen den drohenden Krieg, wobei auf die Aktion hingewiesen wird, die allein die Sozialisten in der Skupstina und in der Sobranje gegen den Krieg ausgeführt haben. Die serbischen und bulgarischen Sozialisten wünschen eine interbalkanische Entente, bei der die Türkei mit eingeschlossen sei. Marokko habe die Tripoliswirren und diese die Balkanwirren möglich gemacht. Gemeinschaftlich mit den Kameraden des Balkans protestiert der Aufruf gegen die Heuchelei der Mächte, die sich als Beschützer der Balkanationen aufspielten und pacifistisches Gerede machten, während sie Polen, Finnland und Serbien erzwangen und die montenegrinischen Mäubereien bezahlten.

Die Sozialisten der Türkei und des Balkans veröffentlichten ein umfangreiches Manifest an das Arbeitende Volk des Balkans und Kleinasiens, an die internationale und an die öffentliche Meinung.

### Die Verhandlungen mit Griechenland.

Konstantinopel, 12. Okt. Die Verhandlungen mit Griechenland scheinen kurz vor dem Ziel geistert zu

sein. Sie wurden von Kiamil Pascha unter strengstem Geheimnis direkt geführt. Sie zielten auf eine Abtretung Kretas an Griechenland ab. Ferner sicherten sie Griechenland den Bahnanachlauf an sein thessalonisches Netz zu. Griechenland dagegen hätte einwilligen müssen, daß die auf dem Berliner Kongress festgesetzte Grenzregulierung in Epirus, welche Griechenland bisher vorzunehmen ablehnte, nunmehr vollzogen werde. (Fr. 34.)

### Der Krieg unvermeidlich.

Konstantinopel, 12. Okt. Die Antwort der Pforte erfolgt erst morgen. Die Pforte sucht mit der Verzögerung Zeit zu gewinnen. Auf den Vorschlag der Großmächte, mit ihr sofort in eine Erörterung wegen Verwirklichung der Reformen einzutreten, wird die Pforte, indem sie von dem Vorschlag Akt nimmt, erklären, daß sie eine solche Entscheidung nur mit Zustimmung des Parlaments treffen könne. Da dieses kaum aufgelöst und die Neuwahlen noch nicht ausgeschrieben sind, kann das Parlament nicht vor Januar zusammentreten. Die Antwort der Pforte bedeutet in umschriebener Form eine klare Ablehnung. Der Krieg ist daher unvermeidlich. (Fr. 34.)

## Letzte Nachrichten.

### Kämpf kandidiert wieder.

Berlin, 12. Okt. Bei der Neuwahl wird im 1. Berliner Reichstagswahlkreis der bisherige Abgeordnete Stadtkämmerer Dr. Kämpf, der sein Mandat gestern niedergelegt hat, wieder kandidieren. Von der demokratischen Partei wird Oberst a. D. Gädke wieder aufgestellt werden.

### Buchhandlung Volksfreund

Wir empfehlen:  
 Imperialismus oder Sozialismus. Preis 10 Pf. Porto 3 Pf.  
 Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriebolschismus von Gerhard Gildewand. Preis 6 Pf. Porto 30 Pf.

16. Stelle  
 15.04,  
 Wünder  
 Dresden  
 Schu-  
 Nr. 258  
 schreibt uns  
 Gefechte zu  
 bahnpolizei-  
 prüfung auf  
 abgegeben,  
 abgerichtet be-  
 Bezeichnung  
 ist, eine geor-  
 liegenden  
 in.  
 gung. Wir  
 abend bei  
 glischer-Ber-  
 Besuch,  
 rein heran-  
 der Gesell-  
 dem Thema  
 Dr. Walter  
 Der Vortrag  
 and etnge-  
 am Freitag  
 rube und  
 Gesellschaft  
 ittelbadißer  
 rube um-  
 richtswalt  
 Strafkammer  
 en, jetzigen  
 Ramsbach,  
 Provisions-  
 Anrechnung  
 fängnis und  
 nachmittags  
 Körnerstraße  
 in Lastwagen  
 über, ob ein  
 eingeleitet.  
 en.  
 eine Erfolge  
 am Freitag  
 uß heran-  
 Romanen  
 Publika  
 Verein be-  
 Dichtung,  
 s- und Ent-  
 behalt seiner  
 vom Kinder-  
 in musikal-  
 ging der  
 ste und hier  
 in führte ihn  
 standen, von  
 en prächtigen  
 in die weit  
 leicht wein-  
 Mit einem  
 gg; die zahl-  
 er eine herz-  
 i. V.-□  
 ober, Rudolf  
 im erntmal  
 werden die  
 eben werden.  
 ober, abends  
 (straße 56) die  
 drag ist dem  
 r der Kunst-  
 eines reichen  
 interessanter  
 kritisiert be-  
 10, für Sont-  
 kein Wirt-  
 eldeutschland  
 it 3:1 Torer-  
 in Forstheim  
 beide Mann-  
 einigten sich  
 das „Hörig“  
 esse gewonnen  
 während die  
 unterlagen.  
 rieg.  
 gen.  
 in sich bezüg-  
 uslage. Zur  
 oder Krieg,  
 r Türkei,  
 unden einge-  
 reifen neigt  
 chnet mit der  
 ungsbor-  
 r Tikoni  
 s drei Kon-  
 s caré, die  
 Türkei bezo-  
 glich vereinbar-  
 macht jedoch  
 der Zustim-  
 der Türkei  
 lichen verein-  
 nachsten  
 abzunehmen.  
 14. Oktober,  
 nachmalige St-  
 wöchentlich  
 der Vorstand.

**Danklagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste unseres Vaters und Schwiegervaters  
**Johann Keppler**  
 für die zahlreiche Beileidbegleitung besonders seitens der freiwilligen Feuerwehr, des Militärvereins, des Musikvereins, des Gesangsvereins „Liederkränz“ und des Bauarbeiterverbandes, für die vielen Kranzspenden, sowie für die tröstlichen Worte des Herrn Geistlichen sagen wir tiefgefühlten Dank.  
 Grödingen, 12. Okt. 1912. 2417  
 Familie Johann Keppler  
 Familie Friedrich Urheidt.

**Handels-Hochschulkurse Karlsruhe.**  
 Winter-Semester 1912/13.  
 Rechtswissenschaft. Handelsrecht.  
 Dozent: Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Maas, Karlsruhe.  
 Jeden Montag, abends 7/9 Uhr. Beginn: 21. Oktober 1912.  
 Volkswirtschaftslehre. Grundzüge der Volkswirtschaftslehre.  
 Dozent: Herr Professor Dr. von Zwiedineck-Sidenhorst, Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe.  
 Jeden Dienstag, abends 7/9 Uhr. Beginn ausnahmsweise Donnerstag den 17. Oktober 1912.  
 Handelsgeographie. Allgemeine Geographie der Weltwirtschaft und des Weltverkehrs.  
 Dozent: Herr Professor Dr. Raumann von der Universität Freiburg.  
 Jeden Mittwoch, abends 7/9 Uhr. Beginn 23. Oktober 1912.  
 Spezialgebiete der Warengewinnung. Ausgewählte Kapitel der Handelszoologie.  
 Dozent: Herr Professor Dr. Auerbach am Großherzoglichen Naturalienkabinett Karlsruhe.  
 Jeden Freitag, abends 7/9 Uhr. Beginn 25. Oktober 1912.  
 Meteorologie. Witterungsberechnungen in alter und neuer Zeit.  
 Dozent: Herr Professor Dr. Schultze, Dozent an der Technischen Hochschule Karlsruhe.  
 Jeden Donnerstag, abends 7/9 Uhr, im Hörsaal für Geologie. Beginn 24. Oktober 1912.

Die Besuchsgebühren betragen für das Wintersemester:  
 Für Prinzipale, Direktoren, Professorennen, sowie für geladene Gäste:  
 1. Für sämtliche Kurse . . . . . M. 12.—  
 2. Für einen Semesterkurs . . . . . M. 4.—  
 3. Für einen Halbjahreskurs . . . . . M. 2.—  
 Anmeldungen gegen Vorauszahlung der Besuchsgebühren in folgenden Buchhandlungen entgegenzunehmen:  
 H. Pfelefeld's Buchhandlung, W. J. Zahraus, C. Knudt, K. Knudt's Buchhandlg., Weiskopf's Buchhandlg., Bruno Lange, Karlsruhe, Oktober 1912.

**Das Kuratorium.**  
**Restaurant „Goldener Adler“**,  
 Spezialauschank der Brauerei Kammerer.  
 Jeden Montag und Donnerstag  
**Schlachttag**  
 Hochachtend  
**Ernst Müller.**  
**Globus-**  
**Putz-Extrakt**  
 der sparsame Metallputz.

**Mieter- u. Bau-Verein**  
**Karlsruhe**  
 e. G. m. b. H.  
 Wir haben auf sofort oder später zu vermieten:  
**Geißelstraße 6, 3. Stod.**, eine Wohnung von 2 Zimmern und Zubehör.  
**Weiskopfstraße 13, 1. Stod.**, eine ger. Wohnung v. 3 Zimmern, Bad und Gartenanteil zu vermieten.  
 Bewerbungen wollen im Büro, **Stillingstr. 3, bis Montag, den 14. 1. 1913.**, abends 7 Uhr, erfolgen, woselbst die Vermietung stattfindet. 2435  
 Der Vorstand.

**Prima Most-Obst**  
 fortwährend eintreffend, sowie prima süßen Most empfiehlt  
**Wilhelm Bender**  
 Kelterer  
 Morgenstraße 5,  
 Gröbe Ausbeutung durch ein zweites Malen. 2321

**Jeder Dame,**  
 welche ihr ausgefallenes Haar einfindet, fertige schöne Bövie, Haarketten, Putzwerkzeuge usw. billigt an. Defekte Haararbeiten repariere billig.  
**Karl Rösch, Friseur**  
 Aue bei Durlach. 2382

**Gänselebern**  
 werden fortwährend angekauft  
 G. Weck, geb. Stürmer,  
 Erbprinzenstr. 21, 2. St. 1929

**Gänselebern**  
 werden fortwährend angekauft.  
 Adlerstr. 29, Seitenbau, part., gegenüber der Herberge zur Heimat. 1928  
**Reichenstr. 15, Stb. 2. St.**, ist ein großes hell. Zimmer für 16 Mk. mit Kasse zu vermieten.  
 Ein eleganter Gehrock und ein ganz neuer Heberzieher sind billig zu verkaufen.  
 Marienstraße 39.

**Zum Umzug!**  
 empfehle ich Seegras, Mohhaar, Kayak, Wolle, Springfedern etc., Federn aller Art, Kesselfäden, Kohlenbecken, Möste alle Sorten, Kaminanzüge, Ofenröhren, Glühbirnen, Badematten, „Kosmos“ u. andere Spezialgeschirre in prima Qualität, Dalli-Eisen, Dalli-Kohlen, Lampen, Gaslampen sowie sämtliche Zubehörteile. Ferner sämtliche Gartengeräte, Gartenmöbel etc.  
 Man achte genau auf Straße und Hausnummer.  
**J. Blum, Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte**  
 Telefon 3097 49 Schützenstr. 49.

**Kleiderstoffe**  
 zu extra billigen Preisen.  
 Montag bis Donnerstag.  
 für Jacken - Kostüme:  
 Nadelstreifen  
 Kammgarne ; 2421  
 Diagonal . . .  
 Cheviots . . .  
 für Damen-Kleider:  
 Nadelstreifen  
 Serge . . . .  
 Popeline . . .  
 Cheviots . . .  
**Geschw. Knopf**

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
 Geburten. Oskar, B. Rud. Knobloch, Maurer. — Friedrich Wilhelm, B. Friedrich Stöffer, Stadttagelöhner. — Eugen Hermann, B. Aug. Weber, Sergeant. — Rosa, B. Peter Stoll, Fabrikarbeiter. — Otto Karl, B. Nikol. Feltig, Landwirt. — Hermine Elisabeth, B. Emil Kuenz, Schlosser. — Johanna, B. Seb. Hauswirth, Weichenwärter. — Friedrich Walter, B. Paul Schaub, Metzger. — Hermann, B. Matthias Kienzle, Tagelöhner. — Karl Adolf, B. Adolf Koch, Bauarbeiter.  
 Eheschließungen: Karl Daul von Suffenheim, Tagelöhner hier, mit Pauline Förderer von Niederschad. — Otto Bauppe von Richtenau, Hauptlehrer hier, mit Verta Huber von hier. — Karl Oeth von Mosbach, Oberpostpraktikant hier, mit Hilfrummel von hier. — Anton Fösch von Bischweier, Eisenbahnsekretär hier, mit Rosa Eidel von hier. — Emil Höpfinger von Unterwisheim, Aufseher hier, mit Katharina Schwörer von Bruchsal. — Albert Hörnke von Crostin, Feldwebel hier, mit Sofie Maylandt von Dorschhausen. — Jakob Pöglner von Mühlbach, Schlosser hier, mit Emma Schühle von Altheim. — Dr. Eugen Joos von hier, Finanzantmann hier, mit Anna Ganz von hier. — Ludwig Giffardon von hier, Fortifikationslehrer hier, mit Emma Ganz von hier.  
 Todesfälle: Maria, alt 11 Mon., B. Albert Netter, Metzger. — Josef Holzappel, Steinbauer, Chemann, alt 51 J. — Friedrich, alt 10 Mon., B. Friedrich Dölbor, Kutsher. — Rosa Blaut, Witwe des Postkassaführers Karl Blaut, alt 64 J.  
 Todesfälle. Lothar Gilseder, Kgl. Ingenieur a. D., Chemann, alt 71 J. — Anna Kleiber, alt 15 J., B. Karl Kleiber, Stadttagelöhner. — Friedrich Zimmermann, Schlosser, lebig, alt 18 J. — Gustav, alt 4 J., B. Gustav Schöner, Fabrikarbeiter. — Geyon Gamm, Straßenmeister a. D., Chemann, alt 72 J. — Jakob Klippel, Straßenwart a. D., Witwer alt 78 J.

**Erdbeerpflanzen** (Ananas) zu verk.  
 100 St. 1.25 M., 500 St. 1.1 M., p. 100,  
 Durlacher Allee 26, 4. Tr.



### Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Mittwoch den 16. Oktober, abends 7/9 Uhr, findet im „Ankerhahn“, Schützenstraße 58

## Parteiversammlung

Tagesordnung:  
1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1912/13.  
2. Vortrag des Landtagsabgeordneten Albert Willi über „Die Tätigkeit des bad. Landtags“.  
Wir ersuchen unsere Parteifreunde zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

### Arbeiter-Diskussionsklub.

Dienstag den 15. Oktober 1912, abends halb 9 Uhr, im Reformrestaurant, Kaiserstraße 56

## Vortragsabend mit Demonstrationen.

Thema: Kunst und Reklame.

Redner: Herr Kunstmalers Gehrig.  
Eintritt für Mitglieder frei; für Nichtmitglieder aus dem Arbeiterstande 10 Pfg.; für Sonstige 30 Pfg. — Kein Wirtschaftsbetrieb.

## Bekanntmachung.

Die Vertilgung von Rauven betr.

Alle Obstbäume, Pierbäume und Gesträucher in Gärten und Höfen, auf Feldern und Wiesen, an Straßen und Wegen, sowie an Eisenbahndämmen sind in der Zeit von jetzt ab bis Mitte Februar 1913 von Raupennestern zu reinigen. Die vorgefundenen Raupennester sind zu vertilgen.

Wir werden nach dem 15. Februar 1913 Nachschau halten lassen, ob die Vertilgungsarbeit vorgenommen wurde. Säumnisse haben nach § 308<sup>a</sup> N. St. G. B. und § 37 P. O. Geldstrafen bis zu 60 Mk. oder Haftstrafen bis zu 14 Tagen und überdies zu gewärtigen, daß die Vertilgung der Raupennester auf Kosten der Säumnigen diesseits angeordnet wird.

Karlsruhe, den 9. Oktober 1912.

Bürgermeisteramt.

Dr. Forstmann. Rapp.

## Bekanntmachung.

Die Herstellung der Bahnhalla-Straße zwischen Altkaser- und Eisenlohr-Straße betr.

Aufgrund des § 22 des Ortsstrafengesetzes und des § 7 der Verordnung vom 19. Dezember 1908, den Vollzug des Ortsstrafengesetzes betreffend, soll ein Gemeindebeschluss folgenden Inhalts erlassen werden:

„Die Eigentümer der an die Bahnhalla-Straße zwischen Altkaser- und Eisenlohr-Straße angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Straßenkosten zu ersetzen.“

Es finden die „allgemeinen Grundstücke über den Weizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten nach § 22 des Ortsstrafengesetzes“ (Beschluss des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) mit der Maßgabe Anwendung, daß auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke die Beiträge fällig werden, sobald die Ortsstraße benutzbar hergestellt ist.“

Ein Kostenvoranschlag, die Liste der beitragspflichtigen Grundeigentümer, aus der die Größe der Grundstücke sowie das Maß ihrer an die Straße stoßenden Grenzen zu ersehen ist, eine Kopie des Straßenplanes, sowie ein Abdruck der erwähnten „Grundstücke über den Weizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten“ liegen bis zum 28. Oktober 1912 auf dem Rathause — Tiefbauamt — zur Einsicht auf. Einwendungen gegen den beabsichtigten Gemeindebeschluss wären bei Ausschlußbermeiden bis zum 31. Oktober 1912 anher geltend zu machen.

Zur Abtinnung darüber, ob die Beiträge auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke sofort nach der Straßenherstellung fällig sein sollen, wird gemäß § 22 Abs. 2 des Ortsstrafengesetzes Tagfahrt anberaumt auf den

28. Oktober 1912, nachmittags 4 Uhr, in den Sitzungssaal des Stadtrats, zu der die Beteiligten hiermit eingeladen werden.

Bei der Abtinnung werden Nichterschienene und Nichtabstimmende als zustimmend gezählt.

Karlsruhe, den 12. Oktober 1912.

Der Stadtrat:

Dr. Paul. Reuderd.

## 20 Maurer

gesucht.  
Baustelle 2370  
Vorholzstr. 24.

Junger Mann als Hilfs- schreiber auf techn. Büro tätig, im Stenographieren bewandert, sucht anderweitige Stellung. Schillerstraße 17, IV. bei A. Mischele.

20% 2408  
Bar-Rabatt gewähre auf  
Unterröcke  
Schürzen.  
Wilhelmstraße 34, 1 Treppe.

## Möbel!

Neue u. gebrauchte

Schränke, Kommoden, Vertikons, Spiegelschränke, Waschkommod., Nachtschische, vollst. Betten, einzelne Bettlatten, Kofte, Matratzen, Polster, Federbetten, Schreibische, andere Tische, Stühle, Sofas, Laden-Einrichtungen laufen Sie immer billigst 2227

Möbelhaus  
Levy & Lämmle,  
Markgrafenstr. 21/22/23  
Karlsruhe.

## Ghice Damen-

Kostüme von 15.— an  
Paletots „ „ 3.90 „  
Kostümröcke „ „ 2.90 „  
Blusen „ „ 0.95 „  
Wilhelmstraße 34, 1 Str.  
Keine Ladensbesen. 2402

## Getragene Kleider

Stiefel, Wäsche, Möbel, Pfandscheine, Gold, Gebisse, zahle per Bahn 20 S, bis 1.50.

Frau Pflüger  
Steinstraße 16, Stb. part.

Schönes vollst. Bett mit pol. Bettstelle 30 M., pol. Waschkommode 18 M., Sofa 12 M., Küchentisch n. 2 Hoder 12 M., Regulatour 12 M., Waschtisch mit Marmor 12 M., verschiedene Stühle billig. 2339  
Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof 1.

# Sonder-Preise

Montag Dienstag Mittwoch

Kleiderstoffe

Futterstoffe

Teppiche, Vorlagen

Porzellan, Steingut

# Hermann Tietz

2434

## Gebisse kauft

nur Dienstag  
Karlftr. 41, 3. Stock.  
Zahle pro Zahn von 20 Pfg. bis 1.50 Mk. 761

## Schlafdecken Bettdecken Kamelhaar- Decken

nur für ganz große Betten passend sind enorm billig abzugeben.

Kaiserstraße 133  
Eingang Kreuzstr. bei der St. Kirche

200 Mk. und mehr  
f. jed. verb. d. Vertr. ep. Art. d. bar. pat. Neuf. Ausl. graf. u. fr. 2023  
Herm. Wolf, Juidan, Ca. Nordstr. 30.

## Ueberzieher und Mäntel

solwie Damenkleider färbt à 3 Mk. nur echt 1419  
Färberei Firnrohr, Kaiserstr. 28

## Städt. Arbeitsamt

Karlsruhe  
Arbeitsamt Zähringerstrasse 100 Telefon 629.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

- |                                  |   |
|----------------------------------|---|
| für hier:                        | für auswärts:                                   |
| 20 Bruchsteinmaurer              | 30 Erdarbeiter                                  |
| 30 Bautagelöhner                 | 20 Maurer                                       |
| 2 Steinbauer                     | 30 jg. landwirtschaftliche Arbeiter und Knechte |
| 1 Steinschleifer                 | 5 Steinbrucharbeiter                            |
| 5 Zimmerleute                    | 2 Dachbeder                                     |
| 2 Dachbeder                      | 10 Schneider                                    |
| 1 Cementeur                      | 6 junge Küfer (Holz und Keller)                 |
| 1 Gärtner                        | 5 Klebner und Installateure                     |
| 1 Polsterer auf Lebermöbel       | 4 Fabrikblechner                                |
| 1 Wagenfahler                    | 4 Elektromonteur                                |
| 1 Gefährfahler                   | 3 Fuß- und Wagenschmiede                        |
| 6 Schneider (Klein- u. Großstüd) | 3 Glaser (Rahmen)                               |
| 2 Damenschneider                 | 2 Kesselschmiede                                |
| 2 Uniformschneider               | 2 Holzdechler                                   |
| 10 junge Schuhmacher 2430        | 1 Wagner  |
| 1 Fuß- und Wagenschmied          | 1 Metallformer.                                 |
| 2 Klebner und Installateure      |   |
| 3 Elektromonteur                 |   |
| 2 Schreiner auf bessere Möbel    |   |
| 1 Holzbildhauer                  |   |
| 1 Glaser (Rahmen)                |   |
| 1 Hafner (Schwarzpußer)          |   |

Stellensuchende:  
Feizer und Maschinisten, Maschinenschlosser, Eisendreher, Metallschleifer, Wuschreiner und Anschläger, Chauffeure, Plattenleger, Fabrikarbeiter, verb. Gärtner als Herrschafts- oder Gutsgärtner, Kaufleute, ledig und verb., Büro- und Schreibgehilfen, Schriftsteler, Maschinenmeister, Bürodiener.

## Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

## Emil Bucherer

Lebensmittel-Konsumgeschäft

**Karlsruhe**

Zähringerstraße 42/44.

— Telephon 392. —

---

Neue eröffnete Filialen:

**Rudolfstr. 1**

(Ecke Karl-Wilhelmstraße)

sowie 2410

**Kronenstr. 10.**

# Herren-Hosen

4<sup>60</sup>

6<sup>20</sup>

11<sup>50</sup>

Neu eingetroffen!

7<sup>80</sup>

9<sup>25</sup>

13<sup>10</sup>

Grösste  
Auswahl.

**Spiegel & Wels.**

2424